DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Nummer Eins, w.z.b.w.

Weiterlesen auf Seite 13

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 170, Samstag, 13. April 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



JOURNALISTEN RUFEN UM HILFE!

HIER KOMMT DIE AUFKLÄRUNG

»Was zur Hölle hat man mir da in den Körper gespritzt?« Das fragen sich Menschen, die sich der Corona-Panik unterwarfen, um ihre Arbeitsstellen zu retten oder wieder in Theater und Kneipe gehen zu dürfen. Geschürt wurde der Terror von Staatsapparat und Konzernmedien.

Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks setzten nun einen Hilferuf ab. Aus dem verrufenen BR-Turm in München (»Affenfelsen«) ließen sie mehrere aneinander geheftete Bettlaken hinab. Die darauf notierten Botschaften sind eindeutig: Die Münchener ARD-Journalisten wollen wieder ihre Arbeit machen, anstatt tödliche Propaganda versenden zu müssen. Zu den Themenkreisen Gaza-Genozid, Stellvertreterkrieg in der Ukraine, fanatische Kriegsaufrüstung der BRD und dem Lügen-Fiasko rund um Covid brachten sie ihre Botschaften heraus. Allerdings nicht in Berichten und Kommentaren des von der Allgemeinheit zwangsfinanzierten Rundfunks. Sondern aus dem Klofenster des Gebäudekomplexes zwischen Münchener Marsstraße und Arnulfstraße (Foto links vom 27. März / DW). Weitere Journalisten und Medienschaffende fordern nun mit einem Manifest »einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk« jenseits von Kriegsrausch, Parteienproporz und Konzernlobby (Seiten 9 und 10 dieser Ausgabe). Zu den Unterzeichnern zählt auch der Münchener Journalistikprofessor Michael Meyen, der ab 2023 zum Mitherausgeber dieser Zeitung wurde, aber jäh von Universitätsleitung und Staatskanzlei bedroht wurde. Er musste von der Titelzeile weichen, behielt aber seine Kolumne im Blatt. Diese Zeitung ist national und weltweit die Nummer eins der Corona-Aufklärung unter den Medien, sowohl inhaltlich als auch beim Verbreitungsgrad mit über 30 Millionen echt gedruckten und verbreiteten – und damit unlöschbaren – Exemplaren. Dies ohne Konzern, ohne Mäzen, ohne feiste Anzeigenkunden und ohne Staatspartei im Rücken. Die Zeitung der neuen Friedens- und Demokratiebewegung kann »von Hand« abonniert werden (Coupon Seite 16) oder im Netz (*DemokratischerWiderstand.de*). Der DW benötigt vor allem Jahresabos, um die Arbeit solide erhalten, planen und ausbauen zu können. Herzlich willkommen bei den Besten: Uns!

Wir

INHALT DW170

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 170. Ausgabe ab Samstag, 13. April 2024. | Redaktionsschluss war am 11. April. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Gerechter unter den Juristen

Der Preis der Republik geht an Gordon Pankalla

LAUDATIO von Anselm Lenz

Seit 27. Juni 2020 vergibt der Unterstützerverein dieser Wochenzeitung den *Preis der Republik.* In Gordon Pankalla wird ein handwerklich wie aktivistisch herausragender Anwalt geehrt.

Als das Regime sich im März 2020 von Grundgesetz, Menschenrecht, Völkerrecht verabschiedete und in den Weiterungen auch vom Nürnberger Kodex, waren es nicht viele Juristen, die aktiv gegen das Abdriften von Regierung und Konzernen in den rechtsfreien Raum aufstanden. Wie 1933 versagte die größte Zahl kläglich oder bleibt bis heute stumm.

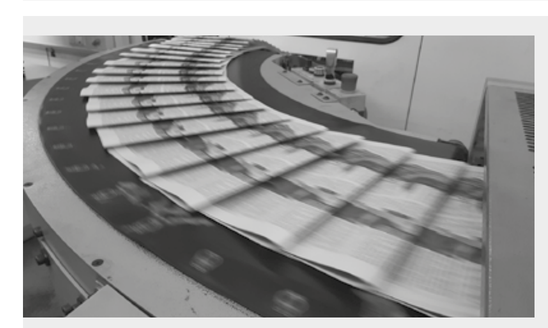
Nachdem der Widerstand ab 28. März 2020 bundesweit angelaufen war, sprangen erst langsam, dann immer schneller eine Anzahl von Anwälten auf. Nicht alle waren (und sind) belastbar oder auch nur glaubwürdig, die wenigsten sozial für die Opfer des Regimes ansprechbar – trotz der Juristenschwemme seit den 1990er Jahren.

Nicht so Gordon Pankalla: Der Kölner Strafverteidiger ist sowohl beruflich sehr erfahren, hat zudem das soziale Kämpferherz des Demokratie-Aktivisten und eine echte Allgemeinbildung. Pankalla ist einer der ganz wenigen bekannten Anwälte in (beziehungsweise zuweilen »an den Fersen«) der neuen Friedens- und Demokratiebewegung, die sich wirklich für kleine Mandanten ins Zeug legen und Erfolge erzielen. Pankalla ist damit ein Vorbild an juristischer Kompetenz und Einsatzkraft unter widrigen Bedingungen.

Pankalla – gute Seele, kluger Denker und Kämpferherz! Er schießt zuweilen auch übers Ziel hinaus, wird in seinen Telegram-Kommentaren manchmal zum »liebenswerten Polterer gegen alles und jeden«. Seit dem großen Polizisten für Aufklärung Karl Hilz weiß die Demokratiebewegung das einzuschätzen. Der *Preis der Republik* geht an einen »Hans Litten der Gegenwart«, an den Rechtsanwalt Gordon Pankalla, der unseren Applaus, unseren heißen Dank verdient – und eben diese hochangesehene Auszeichnung!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN GORDON PANKALLA. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Diskurse

EINWURF ***für die Stunde der Kunst.***
Von Dr. phil. Werner Köhne

»Wir sind alle von der *Cancel Culture* geschädigt! Keiner ist mehr in der Lage, richtig in einen Diskurs rein zu gehen.«

So plastisch äußerte sich jüngst ein Youtuber. Nachdem zuletzt die geschwärzten RKI-Protokolle an die Öffentlichkeit gelangt sind, sollte man annehmen, dass diese pessimistische Einschätzung bald nicht mehr zutrifft. Kann man also endlich einen Diskurs beginnen, der den Ansprüchen der Aufklärung genügt und die Verletzungen benennt, die viele durch die Coronamaßnahmen erleiden mussten, während die Täter aller Voraussicht nach mit wenig Schädigungen davonkommen, und die Masse der Mitläufer in stummer Hinnahme des normierten Blindgängertums weiter ihr Leben lebt, indem sie es verfehlen?

Wie sollte aber ein solcher Postcorona-Diskurs gestaltet werden? Wie ein reinigendes Gewitter? Oder so, wie Jürgen Habermas sich die ideale Sprechsituation vorstellt, in der Wahrheit, Wahrhaftigkeit und der zwanglose Zwang des besseren Arguments regieren? Wie können sich darin die Geschädigten einbringen? Als Rächer? Und wie die Täter? Als reuige Sünder?

Ich prophezeie mal: Die Planer des Coronaszenarios werden die Aufklärung, die ja als Schuldbekenntnis erfolgen müsste, zu verhindern wissen. Man wird bald schon eine neue alternativlose Themen-Sau durchs Dorf treiben. Nein, wir werden wohl bis in Ultimo mit westlich-abendländischen Diskurspraktiken konfontiert werden, wie sie Michel Foucault aufgezeigt hat. Woran scheitern Diskurse, fragt Foucault? Antwort: Am Modus der Ausschließung von anderen. Dieser Mechanismus wird wirksam, wenn eine hysterische Wahrheitsorientierung alles niedermäht, was dem medial verordneten Offenbarungsdiktat nicht folgt; wenn weiter Verbote das Leben verdüstern. Und wenn eine herrschaftliche Vernunft den Wahnsinn, den sie selbst erzeugt hat, als Feind nach außen projiziert. Übrigens hege ich Zweifel, ob der Diskurs jetzt noch den kafkaesk anmutenden Wahnsinn der laufenden Ereignisse offenlegen kann. Das konnte Kafka besser.

Mein Vorschlag: Die diskursiv beschränkte Vernunft muss – am Leben sich ausrichtend – dekonstruiert werden. Das wäre nun die Stunde der Kultur und Kunst. Aber an dieser Front passiert kaum etwas. Übrigens – leider – in beiden *Bubbles*. Wir brauchen aber einen Diskurs, der sich selbst übersteigt, um Wahrheit zu ermöglichen. Sonst wiederholt sich der alltägliche Wahnsinn, und die ideale Sprechsituation bleibt nichts als Illusion.

FEUERWEHR DECKT INJEKTIONSFOLGEN AUF

Schlaganfallsymptome und Herzbeschwerden: Die Covid-Injektionen führen weiterhin zu schrecklichen Folgen. Die Feuerwehr-Gemeinschaft nimmt Stellung.

»Die gewonnenen Angaben lassen weiterführende Rückschlüsse zu, objektivieren die Wahrnehmung der Berliner Kollegen im Rettungsdienst und geben somit keinen Anlass zur Entwarnung«, so die Feuerwehr-Gemeinschaft in ihrer aktuellen Stellungnahme, die dieser Wochenzeitung zuging.

Der fraktionslose Abgeordnete Antonín Brousek (fraktionslos, zuvor AfD) hatte die aktuelle Anfrage am 13. März gestellt, auf die die Senatsverwaltung antworten musste (Drucksache 19/18460). 2022 hatte bereits das damalige Mitglied des Abgeordnetenhauses Robert Schaddach (SPD) eine solche Anfrage gestellt, die bereits furchtbare Ergebnisse zeitigte (#DW103 vom 3. September 2022).

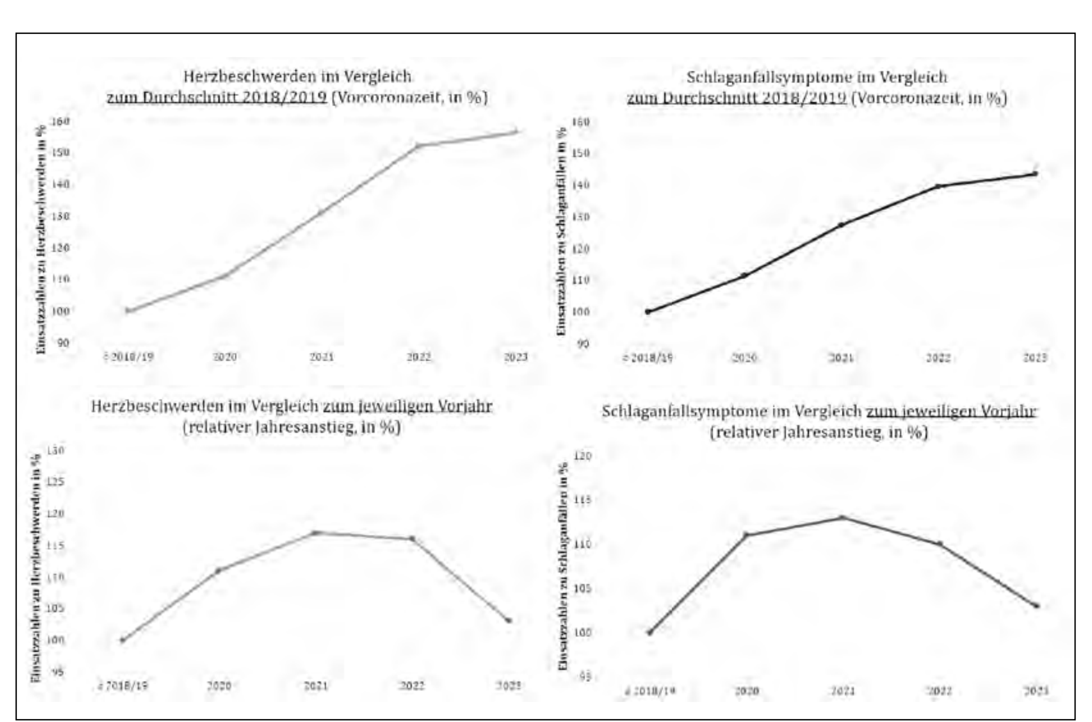
»Es wird von der Berliner Feuerwehr offiziell festgestellt, dass die Einsatzzahlen im Jahr 2023 bei ›Herzbeschwerden‹ auf 52.182 gestiegen sind. Dies beträgt gegenüber dem Durchschnitt der Vor-coronajahre 2018/2019 (33.392 Einsätze) einen Anstieg von 56,3 Prozent. Der stärkste Zuwachs an Einsätzen gegenüber dem Durchschnitt der Vorcoronajahre ist insbesondere in den Jahren 2021 und 2022 in ausnahmslos allen Altersgruppen zu verzeichnen. (...) Besonders allarmierend ist für uns der Anstieg von Einsätzen bei Herzbeschwerden in der Altersgruppe von 21 bis 50 Jahren von rund 63 Prozent im Jahr 2023 gegenüber dem Durchschnitt der Vorcoronajahre 2018/2019«, so die Kräfte des Berliner Rettungsdienstes der Feuerwehr, die seit 2020 eine eigenständige Gemeinschaft gebildet haben, um das Versagen von Politik, Gewerkschaften und innerer Kontrolle aufzufangen.

Weiter heißt es, »bei den Einsätzen im Zusammenhang mit ›Schlaganfallsymptomen (<12h)‹ lässt sich die gleiche Tendenz ableiten. Im Jahr 2023 sind die damit verbundenen Einsatzzahlen auf 14.740 gestiegen. Dies beträgt gegenüber dem Durchschnitt der Vorcoronajahre einen Anstieg von 43,4 Prozent (gegenüber 2018/19 mit 10.278 Einsätzen). Wiederum lässt sich feststellen, dass der höchste Zuwachs in den Jahren 2021 und 2022 stattgefunden hat. Besonders hervorzuheben ist, dass in der Altersgruppe von 11 bis 30 Jahren der Anstieg im Jahr 2023 gegenüber dem Durchschnitt von 2018/19 nunmehr sogar 117,8 Prozent beträgt und damit mehr als verdoppelt hat. Eine derartig dramatische Zuwachsrate in einer Altersgruppe von der man dies gemeinhin nicht erwarten würde, ist alarmierend und bedarf nach Einschätzung von Statistikern einer sofortigen Ursachenüberprüfung.«

118 PROZENT MEHR SCHLAGANFÄLLE IM ALTER VON 11 BIS 30 JAHREN

Die offiziellen Daten des Berliner Regierungsapparates, zu denen es bei diesem Thema zudem eine relevante Dunkelziffer geben dürfte, alarmieren die Rettungskräfte: »Es bedarf umgehend einer wissenschaftlichen Aufarbeitung.« Trotz Maskenpflicht, *Lockdown*, Schulschließungen etcetera sowie der »grenzüberschreitenden Nötigung zu einer Gentherapie (sogenannte ›Coronaimpfung‹) normalisieren sich die Zahlen entgegen der vormaligen Meinung in der Fachliteratur nicht wieder«, so die Experten der Praxis.

Die Feuerwehr-Gemeinschaft kritisiert auch neuerliche das Verhalten der Regierungs- und Konzernmedien: »Die zwischenzeitliche Reaktion einiger Medien auf das Ergebnis der aktuellen Anfrage und die darin veröffentlichten Erklärungsansätze sind aus unserer Sicht ebenfalls nicht stichhaltig und völlig untauglich. Es wurde ernsthaft versucht, den massiven Anstieg der altersuntypischen Einsätze bei Herzbeschwerden und Schlaganfallsymptomatik von Kleinkindern quasi mittels ›Drogenkonsum im Kindergarten‹ erklärlich zu machen oder einen offenbar sprunghaft gestiegenen Fleischkonsum bei den ›vielen‹ Grillgelagen während der Coronazeit zu unterstellen. Auffällig ist ebenfalls, dass nur auf die Einsätze mit Herzbeschwerden verwiesen wird und die zu Schlaganfallsymptomatik kaum bis gar nicht betrachtet werden. Als Fazit lässt sich ziehen, dass die beispiellosen Steigerungsraten bestimmter Einsatzanlässe während der zurückliegenden Jahre nunmehr belegt sind. Sie objektivieren damit die dekkungsgleichen Wahrnehmungen der Berliner Kollegen im Einsatzdienst, die dies als erste im Rettungsdienst feststellten und auf diese ungewöhnlichen Veränderungen hinwiesen.« *(ale)*



Die Graphen bilden den extremen Anstieg der Einsätze der Berliner Feuerwehr wegen Herzbeschwerden und Schlaganfällen ab 2020/2021 ab. Grafik: Drucksache 19/18460 des Berliner Senates

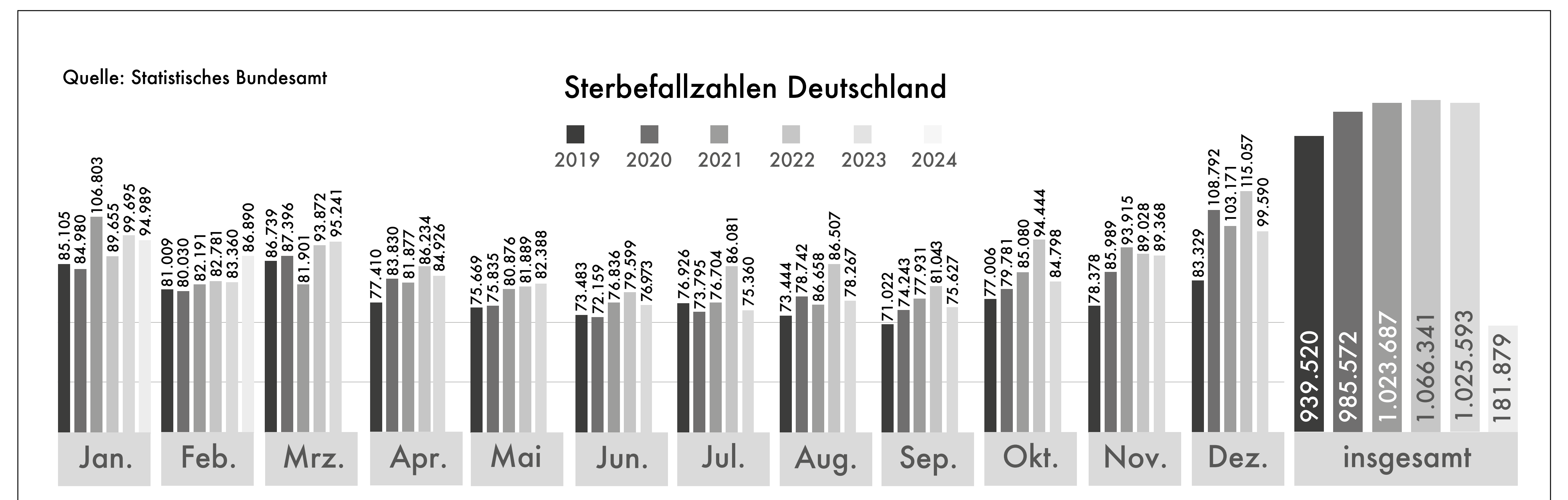
Einsatzanlass	Durchschnitt der Einsätze 2018/19	Einsätze 2020	Veränderung in % zum Durchschnitt 2018/2019	Einsätze 2021	Veränderung in % zum Durchschnitt 2018/2019	Einsätze 2022	Veränderung in % zum Durchschnitt 2018/2019	Einsätze 2023	Veränderung in % zum Durchschnitt 2018/2019
Herzbeschwerden	33.392	37.539	11,0%	43.806	31,2%	50.753	52,0%	52.182	56,3%
Schlaganfallsymptomatik	10.278	11.609	11,5%	13.096	27,4%	14.352	39,6%	14.740	43,4%

Die Tabelle zeigt den extremen Anstieg der Einsätze der Berliner Feuerwehr wegen Herzbeschwerden und Schlaganfällen ab 2020/2021 in absoluten Zahlen. Tabelle und Daten: Drucksache 19/18460 des Berliner Senates

MELDUNG

VON DER LEYEN WIRD ANGEKLAGT

Luxemburg/DW. Gegen die umstrittene EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird Klage erhoben. Sie hatte ohne Mandat Geheimverträge mit dem US-Pharma-Konzern Pfizer-BioNtech über die Lieferung von Covid-Injektionsdosen ausgehandelt. Das 35-Milliarden-Euro-Geschäft war von der CDU-Frau ab November 2020 per SMS mit mit Pfizer-Chef Albert Bourla abgemacht worden. Anfang April wurde nun bekannt, dass die EU-Staatsanwaltschaft EPPO den Fall von der belgischen Staatsanwaltschaft übernimmt und zur Anklage bringt. (ale)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

»The Walking Dead«: Wenn aus Fiktion Realität wird

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, in diesen Tagen geht im Netz ein Zitat von Oskar Lafontaine viral: »Mittlerweile fällt das Wort Covidioten auf die zurück, die es erfunden haben, um andere herabzusetzen.«

Wohl wahr, aber einige von denen, die sich angesprochen fühlen müssten, merken offenbar gar nichts mehr. Ein gewisser Jörg Kachelmann, einst bekannt als »Wetterfrosch« im ÖRR, *tweetete* am 6. April 2024: »Ich möchte der guten Ordnung halber festhalten, dass ich weiterhin Ungeimpfte entschieden verunglimpfen möchte … Ich habe nichts zu korrigieren bei den Dingen, die ich in den letzten Jahren zum Thema geschrieben habe, Schwurbelpack.« Rückblick: Im Dezember 2021 *postete* er ein Foto – vermutlich von seiner Mutter – und schrieb dazu: »Frau Kachelmann (92, Herz, Krebs, Diabetes) … Nach ihrem Leben trachtet nicht nur ungeimpftes Pflegepersonal, sondern auch das kollektive ungeimpfte Schwurbelpack, das in faschistoider Tradition wertes von unwertem Leben trennt.« Puh, schwere Kost. Kachelmann hetzt auf X zudem gegen Holzofen- und Pelletheizungsbesitzer, Homöopathie-Befürworter, »Stromausfallerwarter«, »putinierte Speichellecker« und viele andere. Herr Kachelmann tut mir leid, er muss sehr unglücklich sein.

Und wer erinnert sich nicht noch an Nikolaus Blome, *RTL*-Ressortleiter Politik? Mit seiner Aussage »Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen« gehörte er zu den übelsten Hetzern in der Plandemie. Leider ist der bis heute wenig einsichtig, wie sein Beitrag auf X vom 26. März beweist: »Wegen der RKI-*Files* wird die Geschichte der Corona-Politik in weiten Teilen neu geschrieben werden müssen. Meinen zumindest alle, die Corona schon immer für einen Schnupfen gehalten haben.« Am Dienstag war Blome zu Gast bei *Markus Lanz*, wo er versuchte, seine Hetztiraden von damals zu rechtfertigen: Bei der Schikanierung Ungeimpfter habe man eben dieselbe Methode verfolgt wie bei der Ausgrenzung der AfD. Derweil wird berichtet, dass die CSU um Ministerpräsident Markus Söder eine politische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen ablehne. Na, warum bloß?

Viel erschreckender allerdings: Obwohl die Veröffentlichung der RKI-*Files* nun bereits mehr als drei Wochen zurückliegt, stelle ich fest, dass viele Menschen deren Inhalt noch nicht kennen und demnach immer noch nicht realisiert haben, dass sie für eine Gratis-Bratwurst extrem verschaukelt worden sind – auf Kosten ihrer Gesundheit. So ist das eben, wenn man täglich nur *Tagesschau* guckt oder die *Bild* liest. Es wird zunehmend deutlicher, dass in diesem Land immer mehr Hirntote herumlaufen. Die Endzeitserie »The Walking Dead« (dt.: Die wandelnden Toten) wird langsam Realität: Zombies, wo man nur hinguckt. Sänger Xavier Naidoo hatte offenbar recht mit seiner Befürchtung, die sogenannte Pandemie könne durch die Giftspritzen zu einer Zombieapokalypse führen.

Kommen wir zu Dunja Hayali. Die *ZDF*-Moderatorin dreht nun völlig frei. In einem irren *Tweet* rückte sie »X«-Besitzer Elon Musk in die Nähe des Nationalsozialismus. Doch der Reihe nach: Es begann mit einem Dialog auf X zwischen Musk und AfD-Politiker Björn Höcke, der sich aufgrund der Verwendung der Parole »Alles für Deutschland« am 18. April vor Gericht verantworten muss. »Warum ist das



Elon Musk und Björn Höcke im Dialog auf X. Screenshot: X.



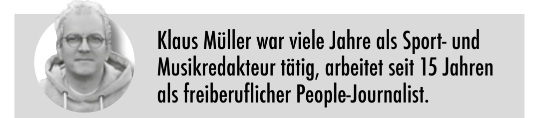
Deutschland 2024: Viele Menschen sind zu hirnlosen Zombies mutiert. Das Denken überlassen sie lieber der Lügenpresse. Foto: Commons

illegal?«, wollte Musk von ihm wissen. »Weil jeder Patriot in Deutschland als Nazi diffamiert wird, denn Deutschland hat Gesetzestexte in seinem Strafgesetzbuch, die in keiner anderen Demokratie zu finden sind. Diese sollen verhindern, dass Deutschland zu sich selbst zurückfindet«, antwortete Höcke. Hayali bekam aufgrund dieses Dialogs wohl Schnappatmung: »Musste lange durchatmen, aber Twitter ist kaputt«, schrieb sie und erwähnt, dass Musk am 8.8. mit seinem Unternehmen Tesla sein »Robotaxi«, ein Taxi ohne Fahrer, vorstellen will. Hayali abschließend: »Kein *Fun-Fact*. Keine Pointe.« Damit spielte sie offenbar auf den Zahlencode »88« an, der bei Neonazis für »Heil Hitler« steht. Ich glaube ja, nicht Twitter ist kaputt, sondern ganz was anderes, Frau Hayali.

Apropos Höcke: Der Thüringer Landesverband der SPD startete anlässlich des TV-Duells zwischen Björn Höcke und Mario Voigt (CDU), das am Donnerstag (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) stattfand, eine Kampagne in den sozialen Medien, mit der man die Menschen dazu bewegen wollte, sich das Aufeinandertreffen der beiden Spitzenkandidaten ihrer Parteien nicht im Fernsehen anzuschauen. Ein *Slogan* lautete: »Bock auf Lügen und Narzissten? Guckt lieber *Germanys Next Topmodel*! – Schalt dich ein. Und Voigt gegen Höcke ab!« So ist das, wenn eine linksextreme Partei mit ihren hirntoten Wählern kommuniziert. Peinlicher geht's nimmer. Höcke reagierte cool und mit viel Witz, *postete* in den sozialen Medien: »Bock auf Meinungsfreiheit und Demokratie? Dann lass dich nicht bevormunden. – Schalt dich ein und wähl die SPD ab!«

Die Grünen driften unterdessen immer mehr in die rechtsextreme Ecke ab. »Wer nach Deutschland kommt, um Schutz zu suchen und hier straffällig wird, kann keine Nachsicht erwarten. Der muss unser Land wieder verlassen«, schrieb Landwirtschaftsminister Cem Özdemir nach der Veröffentlichung der neuen Kriminalitätsstatistik am 9. April auf X. Wie jetzt? Fordern die Grünen etwa die Vertreibung und Deportation von Migranten? Sehr amüsant übrigens: Obwohl die Sekte bei der nächsten Bundestagswahl an der Wahlurne aller Wahrscheinlichkeit nach – natürlich klimaneutral – entsorgt wird, wollen sowohl Robert »Insolvenzexperte« Habeck als auch Annalena »Sprachwunder« Baerbock Kanzler werden. Das Anforderungsprofil für diesen Posten ist ja inzwischen rapide gesunken, nicht wahr, Herr Scholz? Aber vielleicht sollten die beiden besser über einen Ausstieg aus der Politik und einen Berufswechsel nachdenken: Viele Freibäder in Kalku…, äh, Deutschland suchen derzeit verzweifelt Personal. Das Seepferdchen dürften die beiden doch haben, oder?

Abschließend noch etwas Erfreuliches: Nachdem der Spaziergang in den vergangenen Jahren als »rechts« *geframt* wurde, dürfen jetzt auch Nicht-Nazis endlich wieder an der frischen Luft spazieren gehen, ohne dabei ein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Zu dieser Erkenntnis gelangte jedenfalls die *Zeit* in einem Artikel am 31. März: »Es macht körperlich fitter, mental stärker – und quatschen kann man währenddessen auch noch.« Ob dies auch für Montagsspaziergänge gelte, wurde allerdings nicht thematisiert.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

Gefoltert und verurteilt

Auf einer Demo in Berlin-Tiergarten passierte Thomas G. im Frühjahr 2021 Unglaubliches. Sein Fall beweist: Die Überwachung der Polizei in Deutschland funktioniert nicht | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Mein Mandant Thomas G. ging Ostern 2021 in Berlin für das Grundgesetz und eine freie Impfentscheidung auf die Straße. Im Tiergarten wurde er festgenommen, ohne dass man ihm sagte, was er getan hatte. Nun wurde Thomas G. zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen vom Berliner Amtsgericht verurteilt – wegen angeblichem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dass der Glaube an Demokratie und Rechtsstaat da auf der Strecke bleibt, ist allzu verständlich. Machen Sie sich selbst ein Bild, ob nicht der Falsche auf der Anklagebank gelandet war. So schilderte mein Mandant, was ihm passiert ist:

»Ich war im Tiergarten gemeinsam mit meiner Frau und einer Freundin. Beide saßen auf dem Boden, nachdem sie kurz zuvor eine Ladung Tränengas abbekommen hatten. Ich hockte neben ihnen, als ich sah, dass schwarz uniformierte Truppen in meine Richtung kamen. Als sie auf meiner Höhe waren, stand ich auf und fragte, was man denn von mir wolle. Ohne weiteres packte mich ein Polizeibeamter am linken Arm und zwickte mir in den Oberarm. Im Nachhinein denke ich, dass dies eine bewusste Provokation war, mit der man eine Reaktion hervorrufen wollte, um alles weitere rechtfertigen zu können.

Ein Polizist umfasste meinen Oberarm und quetschte ihn dabei so sehr, dass ich einen starken Schmerz verspürte. Daraufhin riss ich den Arm reflexartig hoch und rief: ›Lass das!‹ Dies wurde mir als Widerstand gegen die Polizei ausgelegt, wobei die Provokation gewollt war, denn warum sonst zwickt man jemanden in den Arm, wenn dafür kein Anlass besteht? Dann packten mich gleich mehrere Beamte: Einer von ihnen führte meinen linken Arm nach oben, während ein anderer mir mit einem taktischen Handschuh mit voller Wucht in die Rippen schlug – in Herznähe. Daraufhin wurde

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

mir schwarz vor Augen und ich sackte ohnmächtig zusammen.

Nach kurzer Zeit kam ich wieder zu mir. Ich wusste nicht, warum das alles passierte. Meine Frau Susanne kam auf mich zu und versuchte, mich zu halten, da sie Angst um mich hatte. Wir sind dann zusammen zu Boden gegangen. Aus Furcht vor weiterer Gewalt hielten wir uns aneinander fest. Plötzlich merkte ich, dass mir jemand an die Hand griff und meinen Finger nach oben bog. Es knackte. Offenbar war mein Finger mit Gewalt gebrochen worden. Dann kam ein weiterer Polizist von hinten und drückte mir seine Finger in die Augen. Ich bekam Panik und schrie: ›Hört auf, hört auf, meine Augen!‹ Ich hatte in dem Moment Angst, mein Augenlicht zu verlieren. Meine Frau rief: ›Hört auf! Wir ergeben uns.‹ Daraufhin wurden wir getrennt und ich per Kreuzgriff aus dem Tiergarten getragen. Dabei hat man mir die Hose zerrissen.

Dann kam es zum Abtransport. Ich fragte: ›Was habe ich gemacht?‹. Ich hatte für das brutale Vorgehen keine Erklärung. Mir war völlig unklar, was mir vorgeworfen wurde. Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Begründung dafür, was ein solches Vorgehen gegen einen am Boden sitzenden Menschen rechtfertigte. Ich war deshalb natürlich wütend und aufgebracht, weshalb ich u. a. ›Ihr seid Söldner!‹ rief. Ich war wirklich fassungslos, wie man so mit friedlichen Bürgern umgehen konnte. Das war für mich keine normale Polizeiarbeit, wie ich sie in einem Rechtsstaat erwarten kann. Ich hatte starke Schmerzen: Meine Rippe war angebrochen oder geprellt, mein Finger gebrochen. Und meine Hose hing mir bis zu den Knien. Ich bat darum, sie wenigstens hochziehen zu dürfen, was mir jedoch verwehrt wurde mit der Aussage, dass ich es mir früher hätte überlegen müssen. Ein Polizist schlug mir auf dem Weg dann auch noch von der Seite ins Gesicht. Ich war fassungslos, dass so etwas in Deutschland möglich ist.«

BRUTALE UND VÖLLIG ÜBERZOGENE POLIZEIGEWALT

Von einer objektiven Polizeiarbeit bei den Corona-Demos kann nicht mehr ausgegangen werden. Die Berliner Polizei dürfte als Maßnahmenbefürworter bei der Demo im Tiergarten 2021 ihrem Frust und ihrer Wut über die Demonstranten freien Lauf gelassen haben – auch körperlich. Jemanden mit den Fingern in die Augen zu drücken, so dass mein Mandant befürchtete, er würde erblinden, ist eine brutale und völlig überzogene Polizeigewalt, zudem eine anerkannte Foltermethode der CIA. Wegen der Vorfälle im Berliner Tiergarten ermittelte sogar der UN-Menschenrechtsbeauftragte Nils Melzer. Er habe die Bundesregierung um eine Statistik gebeten, wie viele Polizistinnen wegen unverhältnismäßiger Gewalt belangt würden. Die Antwort lautete: In zwei Jahren sei es ein einziger gewesen. Und in mehreren Bundesländern gebe es gar keine Statistiken. »Das ist kein Zeichen von Wohlverhalten, sondern von Systemversagen», sagte Melzer. »Die Behörden sehen gar nicht, wie blind sie sind.«

Während Demonstrierende teils in Schnellverfahren abgeurteilt wurden, würden Verfahren gegen Polizisten eingestellt oder verschleppt, »bis niemand mehr hinschaut«. Sein Fazit: »Die Überwachung der Polizei funktioniert in Deutschland nicht.« Arroganz sei gefährlich, so Melzer: »Das zerstört das Vertrauen der Bürger in die Polizei.« Der Fall von Thomas G. bestätigt die Aussagen von Nils Melzer: Unsere Anzeigen gegen die Polizisten wurden eingestellt. Angeblich bestand nicht mal ein Tatverdacht.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



GEDANKEN ZUM V-WORT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Laut einem Bericht im *Stern* vom 4. April 2024 werden aktuell unter anderem wegen »Verschwörungsideologien« Disziplinarverfahren gegen deutsche Polizeibeamte geführt. Als disziplinarrechtliche Kategorie ist dieser Begriff indes untauglich.

Die Begriffe »Verschwörungstheorie«, »Verschwörungsmythos«, »Verschwörungserzählung« und »Verschwörungsideologie« gibt es zwar schon länger. Sie wurden aber gerade in der Coronazeit geradezu inflationär verwendet, wenn es darum ging, die Gegner der Coronamaßnahmen zu verunglimpfen. Dabei dauerte es oftmals nicht lang, bis eine Hypothese, die man mithilfe solcher Begriffe zunächst in das Reich der Hirngespinste zu verbannen versucht hatte, in der Realität ihre Bestätigung fand. Nur zwei Beispiele:

Es galt als »Verschwörungstheorie«, dass Politik und Konzernmedien im bewussten und gewollten Zusammenwirken Panik vor Covid-19 schürten, um die drakonischen Einschnitte in die bürgerlichen Freiheiten zu rechtfertigen – bis man im *Tagesspiegel* vom 6. Juli 2021 zu lesen bekam, dass Angela Merkel vor jeder Ministerpräsidentenkonferenz ausgewählte Journalisten um sich versammelte mit dem Ziel, Angstszenarien zu befeuern, um widerspenstige Landesfürsten auf Linie zu bringen.

Es galt zu Beginn der Coronazeit als »Verschwörungstheorie«, dass an einer allgemeinen Covid-Impfpflicht gearbeitet wird – bis eine solche Pflicht am 7. April 2022 beinahe im Deutschen Bundestag beschlossen worden wäre.

Die Bundestagsabgeordnete Beatrix von Storch fragte bei der Bundesregierung hartnäckig nach, ob der Verfassungsschutz seiner Tätigkeit eine Arbeitsdefinition für den Begriff »Verschwörungstheorie« zugrunde lege (Bundestags-Drucksache 19/25571, Frage 52; Bundestags-Drucksache 19/31171, Frage 28; Bundestags-Drucksache 19/31438, Fragen 37 und 38).

Die Bundesregierung weigerte sich, eine solche Definition zu formulieren. Der Verfassungsschutz komme für die Erfüllung seiner Aufgaben ohne eine solche Definition aus. Zuletzt ließ sie Folgendes verlauten (Bundestags-Drucksache 19/31438, Antwort auf Frage 38): »Maßgebend ist daher für die Eröffnung des Ausgabenbereichs des Verfassungsschutzes, inwiefern derartige Theorien zur Förderung, Festigung oder Radikalisierung extremistischer Einstellungen beitragen.«

Und nun lesen wir, dass dann aber »Verschwörungstheorien« der Grund für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens sein können! Wenn das so gemeint sein sollte (Näheres wurde im *Stern* vom 4. April 2024 hierzu nicht mitgeteilt), müssten jetzt wenigstens die Disziplinarjäger eine subsumtionsfähige Arbeitsdefinition bieten. Denn offensichtlich beabsichtigen sie, den betroffenen Beamten die Verbreitung von »Verschwörungsideologien« als Dienstvergehen anzulasten.

In DW 151 habe ich folgende Definition des V-Wortes vorgeschlagen: »Verschwörungstheoretiker ist, wer es wagt, daran zu zweifeln, dass Regierungen, Konzerne und NGOs nur das Beste für die Menschen wollen und dass die öffentlich verlautbarten mit den tatsächlich verfolgten Politikzielen übereinstimmen.«

Was als »Verschwörungstheorie« etc. gebrandmarkt wird, ist in der Tat nichts anderes als die Bekundung des Misstrauens gegenüber einflussreichen Akteuren. Und gerade deshalb drückt sich die Bundesregierung um eine präzise Definition. Denn derartiges Misstrauen ist in einem demokratischen Staat etwas absolut Legitimes. Das Grundgesetz misstraut jedem, dem Macht anvertraut ist. Gerade deshalb etabliert Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes den Grundsatz der Gewaltenteilung.

Den Treibern der Coronapolitik hat dieses Misstrauen indes überhaupt nicht gefallen. Daher versuchten sie Kritikern ein Denkverbot aufzuoktroyieren: »Wir wollen nur Eure Gesundheit schützen! Wagt es ja nicht, etwas anderes zu denken!« Für die Rechtfertigung dieses Denkverbots wird ein pseudowissenschaftlicher Überbau bemüht. Die Botschaft lautet: Dem diffusen Bauchgrimmen unzufriedener Kritiker soll der angeblich überlegene analytische Sachverstand akademischer »Forschung« über die Entstehungsgründe von Verschwörungstheorien entgegengesetzt werden.

Behauptet wird, in der Krise suchten die Menschen nach einfachen Erklärungen für komplexe Zusammenhänge und wähnten sich in der Einbildung, den besseren Durchblick zu haben (siehe Jonas Rees, in: Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus OWL [Hrsg.], Verstrickungen, 2023, S. 32 f.).

Bei näherem Hinsehen fällt diese Konstruktion angemaßter intellektueller Überlegenheit rasch in sich zusammen. Die Antwort der Maßnahmen-*Hardliner* auf Sars-Cov-2 lautete: »Hilfe! Seuche! Alles dichtmachen! Und Maske auf! Und rein mit der Spritze!« Beim Klima sieht es übrigens kaum besser aus: »Hilfe! Wir haben alles versemmelt und müssen jetzt in Sack und Asche Buße tun, um Schlimmeres zu verhüten!«

– Der Komplexitätsgrad dieser Antworten ist noch steigerungsfähig. Die weitaus differenzierteren Fragen stellten auf beiden Politikfeldern die Kritiker. Im Bereich Corona zeigen spätestens die RKI-*Files*, wie berechtigt diese Fragen waren – und wie berechtigt das Misstrauen der Kritiker.

MELDUNG

SCHOLZ UNBELIEBTESTER POLITIKER

New York/Berlin/DW. Laut der *New York Times* ist Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) der unbeliebteste Regierungschef in der westlichen Welt. 73 Prozent der Befragten seien laut Daten des amerikanischen *Business-Intelligence*-Unternehmens Morning Consult, das regelmäßig derartige Umfragen durchführt, unzufrieden mit ihm. Damit liegt Scholz im Unbeliebtheitsranking noch vor Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (71 Prozent), Südkoreas Präsident Yoon Yuk Yeol (70 Prozent) und Japans Premierminister Fumio Kishida (70 Prozent). US-Präsident Joe Bidens Wert liegt bei 54 Prozent. (kmü)

BUNDESWEHR: »SONDERVERMÖGEN« FAST AUFGEBRAUCHT

Berlin/DW. Aufgrund des Ukrainekriegs bewilligte der Bundestag der Bundeswehr ein sogenanntes Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Dieses ist nach Informationen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bereits so gut wie ausgegeben: Exakt 99.999.691.000 Euro seien verplant und reichen nur bis 2027. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat bereits für eine Öffnung der Schuldenbremse geworben. Im *ZDF* erklärte er: »Es wird nicht alleine durch Umschichtung gehen bei den Beträgen, über die wir reden.« Im Zweifel werde man auch über zusätzliche Schulden reden müssen. (kmü)

NEUE KRIMINALSTATISTIK VORGESTELLT

Berlin/DW. Am Dienstag stelle Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gemeinsam mit Holger Münch, Chef des Bundeskriminalamts, die neue Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vor. Für 2023 wird der höchste Stand der Kriminalität der vergangenen sieben Jahre erwartet. Vor allem die Ausländerkriminalität stieg stark an: Unter den insgesamt 2,2 Millionen Tatverdächten (plus 7 Prozent) waren 1,3 Millionen Deutsche und mehr als 900.000 Menschen ohne deutschen Pass (plus 18 Prozent), obwohl der Ausländer-Anteil in der Bevölkerung nur bei 15 Prozent liegt. Die Statistik wird, da immer mehr Ausländer schneller einen deutschen Pass erhalten, zudem noch verwässert. (kmü)

WEGEN »SÖDOLF«: GROSZ ZU GELDSTRAFE VERURTEILT

Deggendorf/DW. Weil er in seiner Rede beim politischen Aschermittwoch der AfD im Februar 2023 Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) in Anlehnung an Adolf Hitler als »Södolf« und zudem als »Corona-Autokrat« sowie »Landesverräter« bezeichnete, wurde der österreichische Publizist, Satiriker und Ex-FPÖ-Politiker Gerald Grosz am Montag zu einer Geldstrafe von 14.850 (90 Tagessätze à 165 Euro) verurteilt. Grosz kündigte bereits an, in Berufung gehen und notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt •
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen •
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle •
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ZÜRICH - CH: Samstag 9.30 • SRF Zürich • WHO Symposium
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till-Eulenspiegel-Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 13.4.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 13.4.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 13.4.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 13.4.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 13.4.2024 14-17 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz (ggüb. Hbf.)	Demoaufzug
Sa, 13.4.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 13.4.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 13.4.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 13.4.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 14.4.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 15.4.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 15.4.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 15.4.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 15.4.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 15.4.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 15.4.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 15.4.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 15.4.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 15.4.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 16.4.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 16.4.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 16.4.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 16.4.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 16.4.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 17.4.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 17.4.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 17.4.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 17.4.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 17.4.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 17.4.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 17.4.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 17.4.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 17.4.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 17.4.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 18.4.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 18.4.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 18.4.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 18.4.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 18.4.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 18.4.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 18.4.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 18.4.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 18.4.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 18.4.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 19.4.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 20.4.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 20.4.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 20.4.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 20.4.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 20.4.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 20.4.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 20.4.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 20.4.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 20.4.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 1.5.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mo, 6.5.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



OMBUDSLEUTE

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Polizisten für Aufklärung

Die »Polizisten für Aufklärung« im Gefolge des großen Polizisten Karl Hilz haben Erstaunliches geleistet. Die Wende kann nur gelingen, wenn es auch im Apparat ein Umkehren gibt – und ein »Ja zum Nein«.

Der Traum des Regimes ist die vollautomatisierte Vollstreckung seines Willens. Bereits mit dem Aufkommen der Coronalüge begannen Testvideos von »Robocop-Hunden« und Drohnen zu kursieren, mit denen künftig die Transhumanisten (man könnte auch sagen: die selbsternannten Übermenschen) ohne jede Verzögerung, Rechtsbindung, Gewissen ihr Paradies auf Erden zu errichten trachten. Ein Horrorfilm in der Art irgendwo zwischen »Gattaca« und imperialem Todesplaneten – selbstverständlich »gegen Rechts«, denn wenn man Faschismus draufschreibt, wo Faschismus drin ist, bekommt man Probleme mit jenen autoritären Charakteren und Gratismutigen, denen die Inhalte egal sind, die aber nunmal nicht zu den Verlierern der Geschichte gehören wollen, also panische Angst davor haben, »Nazi« genannt zu werden.

Nazis sind böse und auch noch Verlierer, und beides zusammen ist das »Uncoolste«, was es auf der Welt gibt. Wer sich zur Siegermacht USA zählt, ist zwar böse, aber immerhin bei den Siegern. Für die, denen das nicht reicht, hat man den Regenbogen-Schirm aufgespannt. Als »staatlich geprüfter Eunuch« darf man sich irgendwie mit durchwurschteln, beziehungsweise als »Kanonenfutter« herhalten. Warum auch nicht?



Der Polizeibeauftragte Uli Grötsch. Foto: Bundestag

Was hat es also mit den »Durchforstungen« der Polizeien durch den Inlandsgeheimdienst »Verfassungsschutz« auf sich? Was mit dem neuen Polizeibeauftragten des Bundestages?

»Uli Grötsch, geboren am 14. Juli 1975, ist seit Freitag, 15. März 2024, der erste Polizeibeauftragte des Deutschen Bundestages. Von 2013 bis 2024 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und für die SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuss zuständig für Polizeithemen. Von 2014 bis 2023 war er gewähltes Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums der Nachrichtendienste. Vor seinem Abgeordnetenmandat war er 19 Jahre bayerischer Polizeibeamter.« So heißt es auf den Seiten des Bundestages zum neuen »Hilfsorgan«, das »vom Deutschen Bundestag für fünf Jahre in das Amt gewählt« werde. Wird sich Grötsch mit den wahnhaften Angriffen auf das Volk durch die belogenen und systematisch instrumentalisierten Beamten ab März 2020 auseinandersetzen? Wird er dazu hören, was etwa die Polizisten für Aufklärung zu sagen haben? Oder der damalige UN-Menschenrechtskommissar gegen Folter, Nils Melzer? Meine Prognose: Nein. Das wird er nicht. Grötsch ist seinerseits nur Instrument.

Die Polizei bräuchte eine unabhängige Kontrolle, eine parteiunabhängige, aus dem Volk bestellte Ombudsstelle für alle, sogar für die Polizisten selbst. Doch Grötsch wird von oben herab jede Menge »Nazis« finden, weil das die Nummer bleiben soll, um die Opposition aus dem Apparat zu tilgen. Der Begriff ist mittlerweile so haltlos, inflationär entwertet und austauschbar wie »Extremisten« und einstmals »Kommunisten«. Aber der Apparat hat zumindest andeutungsweise gezeigt, wenn auch mit »viel zu langer Leitung«, dass ein Aufbäumen, eine Korrektur zumindest, ein »Ja zum Nein« auch in den Dienststellen auf mittlerer und unterer Ebene möglich ist. (Anselm Lenz)

VERFASSUNGSSCHUTZ IM VISIER

Experten sind besorgt und warnen vor einem entfesselten Geheimdienst: Deutschland drohe zunehmend, zu einem Überwachungsstaat zu werden | Von Klaus Müller

Am 1. April sorgte ein Gastbeitrag des umstrittenen Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang (CDU), den Spötter als Marionette von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnen, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* für viel Wirbel. Darin verteidigte sich der 63-Jährige gegen die Kritik der vergangenen Wochen und erklärte: »In Deutschland herrscht Meinungsfreiheit – und das ist gut so!« Dann jedoch schränkt er ein, die Meinungsfreiheit sei kein Freibrief.



Marionette von Nancy Faeser mit mangelhaftem Demokratieverständnis: CDU-Mann Thomas Haldenwang steht massiv in der Kritik. Experten, aber auch Oppositionspolitiker wie Alice Weidel (AfD), fordern seine Absetzung. Foto: Videostill/Telegram

Soll heißen: Es gebe auch Meinungsäußerungen »unterhalb der strafrechtlichen Grenzen und unbeschadet ihrer Legalität«, die für den Verfassungsschutz relevant sein könnten. Stichwort: »Delegitimierung des Staates«. Über diese heißt es im jüngsten Verfassungsschutzbericht: Sie erfolge »oft nicht über eine offene Ablehnung der Demokratie als solche, sondern über eine ständige Verächtlichmachung von und Agitation gegen demokratisch legitimierte Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Institutionen des Staates«. Für die *Neue ZürcherZeitung (NZZ)*, die seit längerem mit kritischer Berichterstattung positiv auffällt, sei diese Definition »undeutlich«. Demnach könnten im Zweifelsfall bereits »Witze über Versprecher etwa der grünen Außenministerin Annalena Baerbock als Verächtlichmachung« eingestuft werden. Dazu AfD-Politiker Martin Sichert »So krass war nicht einmal die DDR.«

Rechtswissenschaftler Josef Franz Lindner von der Uni Augsburg spricht in der *NZZ* von einer »äußerst bedenklichen Entwicklung« und kritisiert, dass der Geheimdienst auf diese Weise nicht eingehegt, sondern entfesselt werde: »Der Verfassungsschutz ist ja nicht nur ein Segen, sondern auch eine Bedrohung.« Auch andere Experten laufen Sturm: »Deutschland schlägt den Weg in den Überwachungsstaat ein«, schreibt Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler auf *nius.de*. Und Rupert Scholz, Verfassungsrechtler und Verteidigungsminister a. D., kritisiert in einem am 6. April in der *FAZ* veröffentlichten Leserbrief: Der Verfassungsschutzpräsident verkenne die »maßgeblichen freiheitlichen Grundlagen unserer Demokratie, die naturgemäß auch die Kritik an Regierung und staatlichem Handeln« gewährleiste. »Jenseits des Strafrechts gibt es keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, die im Artikel 5 unseres Grundgesetzes garantiert ist und zum Kernbereich der Verfassung gehört. Ein Verfassungsschutzpräsident, der sich anmaßt, solche Schranken über den Rahmen des Strafrechts hinaus, quasi via Beschlüsse, durch Beobachtung oder willkürliche öffentliche Kommentierung einzuführen, verletzt die Verfassung.« Haldenwang überschreite »dabei auch die eigenen, gesetzlich abgesteckten Kompetenzen«.

Sein Fazit: »Wenn die Bundesregierung keine Konsequenzen aus dem Verhalten dieses hohen Beamten zieht, lässt sie selbst Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen.«



ZITAT DER WOCHE

Foto: Commons

»Haldenwang, der CDU-Mann, betritt das düstere Reich des autoritären Staates und stellt sich selbst in die Tradition der Gestapo.“

Stern-Legende Hans-Ulrich Jörges im *Podcast* des »Hauptstadt-Briefing« von Media Pioneer über den Gastbeitrag »Die Meinungsfreiheit hat Grenzen« von Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang in der *FAZ*. Der Journalist fiel in der Vergangenheit oft positiv auf. Vor zwei Jahren etwa bat er auf *Bild-TV* die »Ungeimpften« um Verzeihung, obwohl er selbst nie gegen sie gehetzt hatte.





Amberg am 8. April 2024 und Hunderte weitere Orte in allen Regionen, Ost und West (Seite 6; NichtOhneUns.de). Foto: Norbert/Defo ND

»Am 8. Juni zu uns nach Dresden!«

Marcus Fuchs wurde unter der »Corona« zu einem der wichtigen oppositionellen Demokraten, Aktivisten und Bürgerrechtler in Deutschland | DW fragt nach.

DW: Herr Fuchs, wie geht es Ihnen?
Fuchs: Mir geht es gut im Allgemeinen, auch wenn jetzt der politische Druck auf Grund der anstehenden Wahlen zunimmt. Das heißt, wir sind stärkerer Verfolgung ausgesetzt. Seit Jahresbeginn hagelt es Strafanzeigen.

DW: Worum geht es dabei?
Fuchs: Das sind ganz unterschiedliche Vorwürfe. Im Prinzip wird versucht, uns aus jeder Äußerung, die irgendwo, irgendwann getätigt wurde, einen juristischen Strick zu drehen, indem die Worte aus dem Zusammenhang gerissen werden. Dann werden Strafanzeigen wegen Verleumdung, Beleidigung, Volksverhetzung oder angeblicher Billigung von Straftaten erhoben.

DW: Wie wehren Sie sich dagegen und gibt es ausreichend Hilfe?
Fuchs: Wir versuchen, das mit Hilfe von Anwälten abzuwehren, Verteidigern, die bei uns aus der Bewegung sind oder uns zumindest wohlgesinnt sind. Nichtsdestotrotz ist das natürlich ein sehr kostspieliges Unterfangen. Ganz konkret bedeutet das für mich, dass ich schon seit geraumer Zeit im Schnitt allein 500 Euro Anwaltskosten monatlich habe.

DW: Wie kann man Sie unterstützen?
Fuchs: Hinweise dazu finden sich auf meiner Seite team-marcus.de.

DW: Für 8. Juni 2024 ist die nächste Dresdener Großdemo geplant. Worum geht es?
Fuchs: Es geht nach wie vor um das Thema Frieden. Denn die Kriege sind ja leider nicht weniger geworden, sondern noch mehr. Zu dem Ukrainekrieg ist auch der Gazakonflikt hinzugekommen. Deswegen ist das Thema Frieden wichtiger denn je. Auch in Anbetracht dessen, dass die Bundesregierung in ihrer Kriegstreiberei den Ton eher noch verschärft hat, wir in Gefahr sind, in den Krieg gegen Russland getrieben zu werden. Desweiteren geht es generell um Freiheit, Menschenrechte, Demokratie! Denn die RKI-Protokole haben offenbart, was wir seit vier Jahren wussten.

DW: Was sind Ihre Schlussfolgerungen?
Fuchs: Das Thema muss nicht nur vollständig aufgearbeitet werden und die Verantwortlichen zur juristischen Verantwortung gezogen werden; wir müssen zudem verhindern, dass so etwas in der Zukunft – bei welcher Krise auch immer – wieder passieren könnte. Das bedeutet zum einen ganz klar, dass die Gesetzesänderungen, die im Zuge der Corona-Krise eingeführt wurden, wieder rückgängig gemacht werden müssen! Zum anderen, dass wir das politische System grundlegend reformieren müssen, um eine echte Gewaltenteilung, unabhängige Medien und kompetente sowie transparente Politiker zu bekommen und sicherzustellen! Denn wir sehen jetzt bereits bei den RKI-Protokollen, dass genau die Täter – auch in den Medien –, die dieses Unheil damals angerichtet haben, und selbst die größten Hetzer waren, sich jetzt scheinheilig hinstellen und so tun, als hätten sie nichts gewusst. Dies, um eine aus ihrer Sicht genehme Aufarbeitung in die Wege zu leiten, während sie selber möglichst verschont bleiben. Das dürfen wir nicht zulassen!


Im März 2020 ging der damalige Kreiselternratsvorsitzende Marcus Fuchs mutig gegen den Ausnahmezustand voran. »Mich riefen Eltern an, die teilweise existenzbedrohend unter den Maßnahmen litten«, sagte er. Fuchs vertrat den Standpunkt auch bei *MDR-Fakt* im Oktober 2020 und bei *Stern-TV* im Januar 2022. Foto: privat

DW: Beispiele?
Fuchs: Bestes Beispiel ist der sächsische Ministerpräsident Kretschmer, der selber noch vor einem Jahr Professor Bhakdi denunziert hat, indem er versucht hat, dem kritischen Epidemiologen zu unterstellen, dass dieser mit seinen Büchern lediglich Profit herausschlagen wolle. Kretschmer stellt sich jetzt hin und fragt, warum die kritischen Wissenschaftler damals nicht lauter gewesen wären. Ein anderes Beispiel: Unsere Sozialministerin Köpping, die damals gefordert hatte, dass Corona-Kritiker in Psychiatrien eingewiesen werden müssten, und jetzt eine Aufarbeitung fordert.

DW: Ein Wort zu Dresden, der Aufregung um das Gedenken für den alliierten Bombenterror und zur Bewegung!
Fuchs: Der Demokratiebewegung in Dresden geht es mittlerweile wieder gut. Es gab ja vergangenes Jahr ein paar Verwerfungen wegen persönlicher Befindlichkeiten und Spalterei. Aber der Kern der Bewegung ist gestärkt aus diesem Konflikt hervorgegangen. Die Gedenkveranstaltungen am 13. Februar verliefen sehr unterschiedlich. Ich hatte beispielsweise aus dem vergangenen Jahr die Lehre gezogen, dass ein friedliches und würdiges Gedenken am Abend nicht möglich sein würde, und deswegen eine Gedenkveranstaltung am Nachmittag durchgeführt. Die lief hervorragend gut. Es konnten dutzende Zeugenberichte der Bombardements in einem friedlichen und würdigen Rahmen vorgetragen werden. Allerdings war die geplante Gedenkveranstaltung am Abend dann, wie zuvor befürchtet, von lautstarkem Hass des Gegenprotestes überlagert.

DW: Markus Fuchs, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Anselm Lenz



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF NACH BERLIN

Am Sonntag habe ich Euer Video mit Michael Ballweg auf Youtube gesehen und dachte: »Ballweg, Sodenkamp und Lenz, ein gutes Team! Die richtigen Leute kommen zusammen.« Ich habe mir den 3. August just eingetragen. Ticket und Unterkunft für Berlin ist schon gebucht. Ich freue mich.

Wir alle haben Michael Ballweg so viel zu verdanken. Keiner hätte so erfolgreich die Menschenmassen auf die Straße gebracht. Und diese ganzen Menschen sind immer noch da. Nicht auf der Straße, aber die Einstellung ist geblieben. Sie haben erkannt, was man mit unserem Grundgesetz und unseren Rechten gemacht haben. Das geht nie wieder weg. Die, die ihn kritisieren haben jetzt die einmalige Chance es besser zu machen. Die größten Kritiker sind die, die gar nichts machen, außer kritisieren. War schon immer so. Ich danke euch von Herzen. Applaus, Energie los. Berlin, wir kommen.

Die Wahrheit wird siegen. Vielen Dank für die Arbeit an einer freien demokratischen und Menschen nicht ausgrenzenden Gesellschaft.

Weiter geht's.
– Anonym, per Mail

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

MANIFEST FÜR EINEN NEUEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK IN DEUTSCHLAND

Ein Hoffnungsschimmer! ÖRR-Journalisten haben das Lügen satt und fordern eine grundlegende Medienreform in Deutschland | Ein AUSZUG

Wir, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio, sowie alle weiteren Unterzeichnenden, schätzen einen starken unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland als wesentliche Säule unserer Demokratie, der gesellschaftlichen Kommunikation und Kultur.



Demokraten der Initiative Leuchtturm-ARD sind seit über zwei Jahren vor den maroden Palästen des Regierungsfunk mit Demonstrationen präsent. Ihre Konsequenz wirkt, zeigt nun auch das neue Manifest der Journalisten.
Foto: Georgi Belickin/DW

Wir sind von seinen im Medienstaatsvertrag festgelegten Grundsätzen und dem Programmauftrag überzeugt. Beides aber sehen wir in Gefahr. Das Vertrauen der Menschen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt immer stärker ab. Zweifel an der Ausgewogenheit des Programms wachsen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Programmauftrag und Umsetzung nehmen wir seit vielen Jahren wahr. Wir haben dieses Manifest verfasst, damit unsere Stimme und Expertise zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im gesellschaftlichen Diskurs gehört werden.

Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir überwiegend das generische Maskulinum, wir sprechen explizit alle an.

UNSERE GRUNDSÄTZE

Meinungs- und Informationsvielfalt
Ausgewogenheit und Fairness
Transparenz und Unabhängigkeit
Förderung von Kultur und Bildung
Bürgerbeteiligung
beitragsfinanziert

WO SEHEN WIR GEGENWÄRTIG PROBLEME?

Seit geraumer Zeit verzeichnen wir eine Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive. Wir vermissen den Fokus auf unsere Kernaufgabe: Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten. Stattdessen verschwimmen Meinungsmache und Berichterstattung zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widerspricht. Nur sehr selten finden relevante inhaltliche Auseinandersetzungen mit konträren Meinungen statt. Stimmen, die einen – medial behaupteten – gesellschaftlichen Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt. Inflationär bedient man sich zu diesem Zwecke verschiedener »Kampfbegriffe« wie »Querdenker«, »Schwurbler«, »Klima-Leugner«, »Putin-Versteher«, »Gesinnungspazifist« und anderen, mit denen versucht wird, Minderheiten mit abweichender Meinung zu diffamieren und mundtot zu machen.

Das sorgfältige Überprüfen zweifelhafter Meldungen ist wichtig. Allerdings suggerieren sogenannte Faktenchecks oft durch ihre Machart, Überschrift und Formulierungen eine vermeintlich absolute Wahrheit, die selten existiert. Der freie gesellschaftliche Diskurs wird dadurch schmerzhaft beschnitten.

Innere und äußere Bedingungen führen dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ihren journalistisch-ethischen Standards nicht mehr genügen können. Dazu zählen innerbetriebliche Praktiken wie die schon vor Dreh- bzw. Reportage-Beginn feststehende Kernaussage von Beiträgen, die Zentralisierung der Berichterstattung über sogenannte Newsrooms oder Newsdesks, zu großer Zeitdruck bei der Recherche, eine überwiegend an Einschaltquoten orientierte Programmgestaltung, Sparmaßnahmen der Sender am Programm und nicht zuletzt die Tatsache, dass zwei Drittel des redaktionellen Personals nur Zeitverträge haben oder gar komplett ohne Angestelltenverhältnis als sogenannte Freie arbeiten müssen. Letzteres führt zu Existenzängsten, die wiederum entsprechend »angepassten« Journalismus begünstigen. Aufgrund der hohen personellen Fluktuation bleibt zudem oft keine Zeit für fachlichen Wissenstransfer.

Innere Pressefreiheit existiert derzeit nicht in den Redaktionen. Die Redakteure in den öffentlich-rechtlichen Medien sind zwar formal unabhängig, meist gibt es auch Redaktionsausschüsse, die über die journalistische Unabhängigkeit wachen sollten. In der Praxis aber orientieren sich die öffentlich-rechtlichen Medien am Meinungsspektrum der politisch-parlamentarischen Mehrheit. Anderslautende Stimmen aus der Zivilgesellschaft schaffen es nur selten in den Debattenraum. Dazu erschwert äußere Einflussnahme durch Politik, Wirtschaft und Lobbygruppen einen unabhängigen Qualitätsjournalismus. Interessensverflechtungen von Politik und Wirtschaft werden zu selten in tagesaktuellen Beiträgen aufgezeigt und erörtert. Alltägliche Recherchen bleiben im Kern oft oberflächlich. (...)

An der Auswahl der Mitglieder der Rundfunk-, Fernseh- und Verwaltungsräte, der höchsten Kontrollgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, sind die Beitragszahler nicht direkt beteiligt. Die Verwaltungsräte kontrollieren die Geschäftsführung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, doch wer kontrolliert die Verwaltungsräte? Das heißt: es gibt keine Partizipation der Beitragszahler bei medienpolitischen, finanziellen und personellen Entscheidungen.

Auch die Programme werden größtenteils ohne Publikumsbeteiligung erstellt. Die meisten Programmbeschwerden von Beitragszahlern finden kaum Gehör und haben entsprechend wenig Einfluss auf die Berichterstattung und generelle Programmgestaltung. Sowohl das Publikum als auch die Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden in der Regel nicht über die Reaktionen und Beschwerden zum Programm informiert. Nur ein Teil der Inhalte der öffentlich-rechtlichen Medien ist im Internet abrufbar und meist nur für eine begrenzte Dauer. Diese Praxis widerspricht der Idee eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dem Gedanken eines universellen Wissenszuwachses im Internet.

DER NEUE ÖFFENTLICH-RECHTLICHE RUNDFUNK VON MORGEN

Das Prinzip der Rundfunkbeitragszahlung wird beibehalten. Es sichert die Unabhängigkeit des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das heißt: öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert, aber auch kontrolliert.

Finanzflüsse sind transparent und öffentlich einsehbar. Dies gilt insbesondere für die Budgetverteilung zwischen einzelnen Ressorts, Redaktionen und der Verwaltung. Die Bezahlung aller Mitarbeiter, einschließlich Führungsposten bis hin zur Intendanz, ist transparent und einheitlich nach einem für alle geltenden Tarifvertrag geregelt. Die Berichte der Landesrechnungshöfe sind auf den Plattformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leicht auffindbar.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk verzichtet auf Werbeeinnahmen aller Art, sodass Werbeverträge nicht zu Befangenheit in der Berichterstattung führen können.

Den Beitragszahlern gehört der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ihre mehrheitliche Einbindung in den Kontrollgremien ist daher selbstverständlich. Diese Arbeit wird angemessen honoriert. Sie schließt die Wahrnehmung eines weiteren Amts, welches Interessenkonflikte birgt, aus. Die repräsentative Zusammensetzung der Kontrollgremien könnte beispielsweise nach dem Vorbild der Besetzung von Bürgerräten erfolgen. Direkte Wahl, Rotationsprinzip oder Losverfahren sind Möglichkeiten, um die Gesellschaft repräsentativ abzubilden.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk fungiert als Vierte Säule der Demokratie. Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er wichtige Kontrollaufgaben gegenüber den Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative. Damit er diesen Auftrag erfüllen kann, ist seine Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen garantiert. (...)

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert die Politik und nicht umgekehrt. Die Politik hat keinen Einfluss auf Inhalte. Es wird neutral, multiperspektivisch und zensurfrei im Rahmen des Grundgesetzes berichtet. Dazu gehört die Verpflichtung, vermeintliche Wahrheiten immer wieder zu überprüfen. Für die Berichterstattung bedeutet dies ergebnisoffene und unvoreingenommene Recherche sowie die Präsentation unterschiedlicher Sichtweisen und möglicher Interpretationen.

Das Publikum hat einen Anspruch darauf, sich mit einem Sachverhalt auseinandersetzen und selbstständig eine Meinung bilden zu können, anstatt eine »eingeordnete« Sicht präsentiert zu bekommen. (...) Fairness und respektvoller Umgang im Miteinander stehen im Fokus unseres Handelns, sowohl innerhalb der Funkhäuser als auch mit unserem Publikum. Die Journalisten des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks benutzen kein Framing und verwenden keine abwertenden Formulierungen. (...)

Die Archive des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind frei zugänglich. Sie sind


Fortsetzung auf Seite 10



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

UNSER LAND WIRD VERNACHLÄSSIGT

Deutschland baut gerne internationale Brücken und trägt dafür sein Geld in alle Herren Länder – meistens so, dass die Steuerzahler, die dieses Geld erwirtschaftet haben, es nicht einmal mitbekommen. Unterstützt werden oft Projekte, die im eigenen Land kaum ein offenes Ohr finden.

Unsere Politiker sind im Ausland sehr willkommen, haben sie doch in der Regel stets die Taschen voller Geld. Geld, das ihnen nicht gehört und für das sie selbst überwiegend nie oder nur selten gearbeitet haben. Steuergeld eben, das der arbeitenden Bevölkerung mehr und mehr geradezu erpresserisch abgenommen wird. Das eigene Land, unsere Heimat, wird dabei vernachlässigt. Das darf man nicht laut sagen. Aber warum eigentlich nicht? Es ist keineswegs verwerflich, wenn einem der Kittel näher ist als die Hose. Manche Politiker schwören darauf einen Eid, ehe sie diesen schnell wieder vergessen.

Man schaue sich nur unsere Brücken an: Mehr als 10.000 von den ungefähr 40.000 Autobahnbrücken sind sanierungswürdig. Nach dem Brückenbaugipfel im März 2022 wurde beschlossen, bis zu 400 Brücken im Jahr zu sanieren. 2032 war das erklärte Ziel zur Fertigstellung des Projektes. Doch gerade mal 238 wurden 2023 geschafft. Der Bundesrechnungshof bezeichnet das ursprüngliche Ziel als geradezu utopisch. Fehlplanungen, fehlendes Personal und fehlerhafte Priorisierungen bei der bundeseigenen Autobahn GmbH sind die Ursache. Diese hat vorsorglich auch gleich mal mehr Etat beantragt: 5,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2025 bis 2028. Diese Zahl liest sich vergleichbar gering im Vergleich zu dem Geld, das von unserer Regierung vermeintlich friedensstiftend in die Ukraine geblasen wird.

Das Thema Bund und Infrastruktur entwickelt sich mehr und mehr zu einem absoluten Desaster. Offensichtlich hat man für alles Geld, nur nicht für die Bedürfnisse des eigenen, zumeist arbeitenden Volkes. Es reicht, wenn die 99 Prozent das Geld erwirtschaften. Ausgegeben wird es dann vorzugsweise für Klima, Krieg und für die Bewältigung der Plandemie. Klar, dass die Verantwortlichen das nach dem Vorbild des Herrn Bundeskanzlers am liebsten vergessen möchten. Die geschwärzten RKI-*Files* beweisen, was viele seit 2020 auf die Straße getragen haben. Ja, bei so manchem wird das für lebenslänglich reichen. Dementsprechend sind die Reaktionen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

wesentliche Wissens- und Identitätsspeicher unserer Gesellschaft und somit von großer kultureller und historischer Bedeutung mit immenser Strahlkraft. Aus den Archiven, die er kontinuierlich in breitem Umfange erweitern sollte, kann der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk anhaltend schöpfen und sich und die Gesellschaft damit der Relevanz von Kultur und Bildung versichern. (...)

Qualitätsjournalismus braucht eine solide Basis. Im neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten überwiegend fest angestellte Journalisten, damit sie weitestgehend frei von ökonomischen und strukturellen Zwängen sind. Dadurch sind sie unabhängig und ausschließlich dem Pressekodex verpflichtet. Für Recherche steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Die individuelle Verantwortung des Redakteurs bzw. Reporters muss gewährleistet sein und nicht zentralistisch von einem Newsroom oder Newsdesk übernommen werden. Journalistische Autonomie ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung journalistischer Qualität und Meinungsvielfalt. Deshalb wird die Weisungs-Ungebundenheit redaktioneller Tätigkeit im Hinblick auf Themenauswahl, Themengestaltung und Mitteleinsatz nicht nur in Redaktionsstatuten, sondern auch in den Landespressegesetzen und Rundfunk-Staatsverträgen festgeschrieben. (...)

Die Stabilität unserer Demokratie erfordert einen transparent geführten neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als offenen Debattenraum. Zu dessen Eckpfeilern gehört die Unabhängigkeit der Berichterstattung, die Abbildung von Meinungsvielfalt sowie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Dieser Text erschien zum vergangenen Wochenende auf der Internetseite meinungsvielfalt.jetzt, wo er in Gänze nachzulesen ist. Zu den Erstunterzeichnern gehörten neben aktiven Journalisten auch renommierte Persönlichkeiten wie der kurzzeitige DW-Mitherausgeber Michael Meyen. Wir drucken ihn hier wegen unserer Chronistenpflicht in Auszügen ab. Das Manifest kann auf der Internetseite von interessierten Bürgern mitunterzeichnet werden.

»Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört uns allen«

Journalistik-Professor und Ex-DW-Mitherausgeber Michael Meyen zu seiner Unterschrift unter das Manifest für einen neuen ÖRR

Ich habe das Manifest unterschrieben, weil der Journalismus der Schlüssel ist. Wenn die großen Redaktionen ihren Job machen würden, hätten wir eine andere Gesellschaft.

Die Leitmedien schaffen die Wirklichkeit, an der sich Entscheider orientieren. Regierungen, Behörden und überhaupt alle, die über unser Leben bestimmen. Was der Journalismus weglässt oder diffamiert, spielt dort keine Rolle. Die Folgen haben wir in den letzten Jahren bei jedem der großen Themen gesehen. Migration, Klima und Energie, Corona, Ukraine, Israel, AfD. Deshalb brauchen wir eine Debatte. Wie sieht der Journalismus aus, der uns weiterbringt, und wie viel wollen wir dafür ausgeben?

Viele sagen jetzt: Weg mit dem Rundfunkbeitrag. Ich kann das verstehen. Die Enttäuschung ist groß, auch bei mir. Das große Aber: Die nächste Station heißt Staatsfunk, dann auch offiziell. Ein Zehn-Milliarden-Konzern lässt sich nicht einfach abschaffen. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass im Zweifel der Steuerzahler übernimmt. Dann ändert sich das Narrativ. Dann behauptet niemand mehr, dass wir mitreden können. Im Moment gilt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört uns allen. Wir bezahlen dafür, ob wir wollen oder nicht. Wir müssen uns diesen Rundfunk zurückholen und neu aufsetzen, von der Finanzierung bis zur Aufsicht.

Das Manifest zeigt: In den Anstalten gibt es Verbündete für ein solches Projekt. Es gibt dort Menschen, die den Medienstaatsvertrag ernst nehmen und nicht vergessen haben, was für ein Privileg es ist, im Auftrag von uns allen zu arbeiten und dafür in aller Regel auch noch ordentlich bezahlt zu werden. Kurz: Wer guten Journalismus möchte, muss nicht bei null anfangen. Das gilt auch deshalb, weil viele der Wortmeldungen grundsätzlich werden. Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der sich der Logik des digitalen Kapitalismus unterwirft und



Nicht mehr zu ertragen: Die Lügen-Checker des ÖRR.
Foto: Georgi Belickin/DW

zum Sprachrohr der Macht wird, schafft sich selbst ab.

Dass viele *Statements* anonym sind, hat wenig mit Feigheit zu tun und viel mit Strukturen. Zwei Drittel des redaktionellen Personals arbeiten ohne festen Vertrag. Das muss man erst einmal sacken lassen. 18.000 »Freie«, die für uns Programm machen. 18.000 Menschen, die nicht sicher sein können, dass es für sie auch nächsten Monat so weitergeht wie bisher. Man kann an der Universität viel über »innere Pressefreiheit« erzählen, über den Mut zu Recherche und Aufklärung, über Distanz zu allen, die hineinreden wollen. Ohne Kündigungsschutz bleiben das Sonntagsreden.

MELDUNG

JEDER FÜNFTE VON ARMUT BEDROHT

Wiesbaden/DW. Wie das Statistische Bundesamt anhand von ersten Ergebnissen einer Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen mitteilte, waren im Jahr 2023 rund 17,7 Millionen Menschen und somit rund ein Fünftel (21,2 Prozent) der deutschen Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies bedeutet einen leichten Zuwachs. Im Vorjahr waren 17,5 Millionen Menschen (21,1 Prozent) betroffen. Die Armut breite sich, wie es heißt, nun auch in der Mittelschicht aus. (kmü)

STELLENABBAU BEI SAP: 8.000 MITARBEITER VOR DEM AUS

Walldorf/DW. SAP, das größte deutsche Unternehmen, wird weltweit 8.000 Stellen abbauen. Dies berichtet das *Handelsblatt*. Besonders stark von den Streichungen betroffen, sei Deutschland, wo voraussichtlich rund 2.600 Arbeitsplätze wegfallen sollen. Das Unternehmen wolle sich künftig verstärkt auf *Cloud*-Technologie und Künstliche Intelligenz fokussieren. SAP hatte im Januar 2023 schon 3.000 Jobs gestrichen, weil man sich, wie es damals hieß, wieder mehr auf das angestammte Kerngeschäft rund um die *Software* zur Unternehmenssteuerung konzentrieren wolle. Um die abgebauten Stellen zu ersetzen, werden insbesondere in Indien neue Arbeitsplätze geschaffen. (kmü)

RWE-CHEF SIEHT SCHWARZ

Essen/DW. Markus Krebber, Chef vom zweitgrößten deutschen Energieversorger RWE, sieht aufgrund gestiegener Energiepreise einen »erheblichen Nachfrageschwund in den energieintensiven Industrien« kommen. Dies sagte er der *Financial Times*. (kmü)

E-AUTOS STECKEN WEITERHIN IN DER KRISE

München/DW. Elektroautos sind in Deutschland nach wie vor Ladenhüter. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) mitteilte, kamen im März nur rund 31.400 neue Stromfahrzeuge auf die Straße, was einem Minus von fast 29 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet. Ein Grund sei die von der Bundesregierung 2023 gestrichene Kaufprämie. Die Nachfrage sei trotz hoher Rabatte, die viele Hersteller anboten, sehr schwach. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage sind Verbrenner-Autos unverändert deutlich beliebter als Stromer. Demnach würden bei einem Autokauf 68 Prozent der Befragten einen Verbrenner vorziehen. (kmü)

US-INFLATION LEGT STÄRKER ZU ALS ERWARTET

New York/DW. Der Preisauftrieb in den USA hat deutlich zugelegt. Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,5 Prozent. Analysten hatten im Durchschnitt nur mit 3,4 Prozent gerechnet. Im Februar lag die Rate noch bei 3,2 Prozent. Damit dürfte sich die an den Finanzmärkten herbeigesehnte Zinswende verzögern. (kmü)

Nicaragua verklagt BRD und schließt Botschaft

Wegen »Beihilfe zum Völkermord« in Palästina: Mittelamerikanisches Land »macht Schluss« mit der BRD | BERICHT von Batseba N'Diaye

Anfang des Jahres hatte Südafrika das Verfahren gegen Israel wegen Apartheid und Völkermordes eröffnet (DW berichtete). Nun sitzt vor dem Internationalen Gerichtshof IGH auch die BRD-Junta auf der Anklagebank. Ist die ohne Parlamentsbeschluss noch Volksabstimmung zur Staatsräson erhobene »bedingungslose Solidarität« einer der schwersten Fehler der deutschen Außenpolitik seit 1945?



»Wir weisen die Vorwürfe Nicaraguas ganz klar und entschieden zurück«, so der Sprecher des Auswärtigen Amtes Sebastian Fischer (im Bild rechts) in der Bundespressekonferenz am 8. April. Am 11. April wurde bekannt, dass Nicaragua seine Botschaft in Berlin schließt und damit die diplomatischen Beziehungen zur BRD abbricht. Foto: Ruptly

Ob Israel tatsächlich einen Völkermord an den Palästinensern begeht, klärt der IGH derzeit in einem eigenen, langwierigen Verfahren. Die internationale Meinung und weite Teile der Faktenlage erscheinen eindeutig: Ja, es ist ein Völkermord und ein Expansionskrieg zur Aneignung und Einverleibung palästinensischer Gebiete. In der Folge der erschütternden Bilder vom konzertierten Attentat auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 mit Geiselnahmen (DW berichtete aus mehreren Perspektiven) führt die Regierung Benjamin Netanjahus Bombardements und Vertreibungen im Gaza-Streifen durch und beruft sich auf »Selbstverteidigung«. Gaza liegt am Ostrand des Mittelmeeres zwischen Israel und Ägypten.

Nun findet sich die BRD in der Beklagtenposition vor dem IGH im niederländischen Den Haag wieder. Die Republik Nicaragua hat ein ein Eilverfahren angestrengt. Die Anhörungen begannen am Montag. Zuerst bekam Nicaragua das Wort. Ausgangspunkt der Anklage ist Artikel 1 der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes aus dem Jahr 1948: »Die Vertragschließenden Parteien bestätigen, dass Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäß internationalem Recht ist; sie verpflichten sich zu seiner Verhütung und Bestrafung.«

Gegen diese Verpflichtung, Völkermord zu verhindern, verstoße die BRD nach Auffassung Nicaraguas im Zuge des Krieges im Gazastreifen »von Beginn an und andauernd«. Die Waffenlieferungen der BRD-Regierung trügen zum Tod Zehntausender Zivilisten in Gaza bei, hieß es. Der Botschafter Nicaraguas in den Niederlanden, Carlos José Argüello Gómez, rief nach der mündlichen Verhandlung am Dienstag die BRD dazu auf, alles Zumutbare gegen den Völkermord im Gazastreifen zu unternehmen. Die BRD-Verteidigungslinie brachte einen überraschenden juristischen Winkelzug, einem Spiel auf Zeit, der an die Rhetorik der Bündnisgrünen erinnert: Man erkenne an, dass es »Hinweise« auf Völkerrechtsverletzungen im Gaza-Streifen gebe, aber so sei die Welt da draußen nunmal. Die BRD-Generalsekretärin für Rechtsangelegenheiten, Tania Freiin von Uslar-Gleichen, gab der internationalen Presse am Dienstag zu Protokoll: »Deutschland hat heute vor dem IGH gezeigt, dass wir uns im Rahmen des Völkerrechts für einen Ausgleich dieser herausfordernden Situation einsetzen. Anders als Nicaragua versuchen wir, beiden Konfliktparteien gerecht zu werden.« Es gebe also »keinen Grund für den IGH, einstweilige Maßnahmen« gegen die BRD »zu ergreifen«, so Uslar-Gleichen, die von 2019 bis 2022 Vizepräsidentin des BRD-Auslandsgeheimdienstes BND war und von 1978 bis 1981 in der US-Hauptstadt Washington zur Schule ging, wo ihr Vater als Militärattaché in der BRD-Botschaft fungiert hatte.



Die Richterschaft am Internationalen Gerichtshof im Den Haag am 10. April 2024 beim Verfahren gegen die BRD. »Nicaragua sieht in den Waffenexporten an Israel eine Beihilfe zum Völkermord. Der Wert der Rüstungsexporte, die die Bundesregierung im Jahr 2023 genehmigt hat, beläuft sich auf 326,5 Millionen Euro. Davon lieferte Deutschland Kriegswaffen im Wert von 20 Millionen Euro, darunter 3.000 tragbare Panzerabwehrwaffen und 500.000 Schuss Munition für Pistolen und Gewehre. Allein in den ersten sechs Wochen des Jahres 2024 genehmigte sie Rüstungsexporte für rund neun Millionen Euro an Israel; darunter Kriegswaffen für etwa 32.000 Euro. Obwohl sich die internationale Kritik an Israels Kriegsführung mehrt, schließt die Bundesregierung nicht aus, weiterhin deutsche Rüstungsgüter nach Israel zu liefern«, so *Legal Tribune Online* am 7. April 2024 (lto.de). Foto: Ruptly

600 HOHE BRD-BEAMTE UND ANGESTELLTE MIT OFFENEM BRIEF

In einem offenen Brief forderten 600 Beamte und Angestellte des Bundes von der Bundesregierung, Waffenlieferungen an Israel sofort einzustellen und eine Abkehr von der Doktrin der »bedingungslosen Solidarität« mit Israel. Sie begründen dies mit ihrer unmittelbaren Verpflichtung gegenüber dem Völkerrecht. Die Bundesrepublik unterstütze in Israel Völkermord, heißt es in dem Schreiben: »Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.« Weiter heißt es: »Unsere Pflicht, der völkerrechtswidrigen Politik der Bundesregierung entschieden zu widersprechen, leitet sich nicht zuletzt auch aus § 60 Bundesbeamtengesetz in Verbindung mit Art. 25 GG sowie der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und der Eilrechtsschutzentscheidung des IGH vom 26. Januar 2024 ab.« Mit dieser hatte der IGH Israel bereits dazu verurteilt, alle Handlungen zu unterlassen, die als Völkermord ausgelegt werden könnten (DW berichtete).

Doch, so führen die Top-Beamten in ihrem offenen Brief weiter aus, »bedauerlicherweise werden Stimmen, die das völkerrechtswidrige und menschenverachtende Vorgehen der israelischen Regierung kritisieren, durch die Bundesregierung systematisch ruhiggestellt und Kritiker*innen [sic!] werden marginalisiert und kriminalisiert... Auch wir befürchten im Zusammenhang mit unserer Meinungsäußerung eine Kriminalisierung und Pönalisierung [Kriminalisierung; red.], weshalb wir die Namen der Unterzeichnenden bewusst nicht offenlegen.

Es ist verstörend und eine äußerst besorgniserregende Entwicklung, dass die vom Grundgesetz geschützte Meinungsäußerungsfreiheit in Deutschland im Jahr 2023 und 2024 so sehr eingeschränkt ist, dass wir uns zu diesem Schritt veranlasst sehen« (vgl. *https://www.sozonline.de/2024/04/600-bundesbeamte-fordern-die-einstellung-der-waffenlieferungen-an-israel/*). Am Donnerstag wurde bekannt, dass die Republik Nicaragua ihre Botschaft im Berliner Saatwinkler Damm schließt. Mit einer Entscheidung der 16 IGH-Richter wird in einigen Wochen gerechnet.



Michael Ballweg, erfolgreicher Unternehmer aus Stuttgart und Organisator der gigantischen Augustdemonstrationen im Jahr 2020 und 2021 bei einer Dem
Ballweg im großen DW-Interview. Nun organisiert er die fünften Augustdemos für Frieden, Freiheit und Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetz

ZUM 3. AUGUST 2024:
TRIUMPH IN

Die Feier des Sieges steht an.
Michael Ballweg lädt erneut zur Mega-Demo nach Berlin.

Anselm Lenz: Michael Ballweg, wie kommt es, dass Du Dein Leben für die Wahrheit riskiert hast?

Michael Ballweg: Ich würde jetzt nicht übertreiben wollen. Mir war 2020 einfach wichtig, für eine Demokratie aufzustehen, von der ich dachte, dass ich in ihr lebte. Einer Demokratie, in der Meinungsfreiheit herrscht, in der es einen offenen Diskurs gibt, in der die Regierung für und nicht gegen die Bürger arbeitet. Dann habe ich aber Gegenteiliges erlebt, nämlich dass die Demonstrationen von Querdenken von den Medien bekämpft wurden, aber auch von der Regierung selbst. Wir sind in Stuttgart, in Baden-Württemberg gestartet und haben dann die einzelnen Eskalationsstufen erlebt: vom Innenminister von Baden-Württemberg zum Ministerpräsidenten und am Ende zur Bundeskanzlerin, die äußerte, wir bräuchten nicht so viele Querdenker-Demos, sondern mehr China. – Man macht viele Dinge, die man tut, aber auch für sich selbst. Für mich sind die letzten vier Jahre eine große Zeit des Bewusstwerdens gewesen und von daher würde ich mein Wirken auch gar nicht als Altruismus beschreiben. Denn ich habe immer gesagt, dass Deutschland meine Heimat ist, in der ich auch gerne weiter leben möchte, aber vor allem auch eine Heimat, in der es zu leben, Freude macht. Und dafür setze ich mich nach wie vor ein.

A.L.: Deine Bescheidenheit in allen Ehren. Wie viele waren denn nun wirklich bei der ersten großen Querdenken-Demonstration im August 2020 in Berlin da?

M.B.: Die Polizei nannte die Zahl von 800.000, in einem großen *Online*-Medium wurde von 1,3 Millionen gesprochen, was dann später gelöscht wurde. Die Wahrheit wird irgendwo dazwischen liegen.

A.L.: Und für den 29. August 2020 und die großen Demonstrationen 2021, wo die Teilnehmer die Versammlungsfreiheit gegen sämtliche Verbote durchgesetzt haben?

M.B.: Ich kann für den 29. August 2020 nur sagen, dass die Versammlungsfläche doppelt so groß wie die Versammlungsfläche am 1. August war, bei der wir »nur« die Fläche der Straße des 17. Juni vom Russischen Ehrenmal bis zum Großen Stern hatten. Am 29. August hatten wir dann die gesamte Fläche vom Brandenburger Tor bis hin zur Spree und dann noch den kompletten Großen Stern dazu. Die Zahlen sind für mich aber letztendlich nicht so relevant, weil diese und die Diskussionen über sie letztendlich nur von dem ablenken, was wir erreichen wollen. Ich würde sagen: Es waren einfach unglaublich viele Menschen da und es wurde klar, dass wir eine Demokratiebewegung gestartet haben, die sich nicht mehr kleinkriegen lässt. Denn das Tolle an der Bewegung 2020 und 2021 war, dass die Menschen dezentral und kontinuierlich demonstriert haben. Jede Woche Demonstrationen in ganz vielen Städten, was dann auf die Spaziergänge im Winter 2021 zu 2022 hinausgelaufen ist. Diese Kontinuität war das Entscheidende und der Erfolgsfaktor und ich denke, ich habe meinen Teil dazu beigetragen, dass es sich dergestalt dezentralisiert hat. Auch mein heutiges Wirken geht dahin, die Menschen in die eigene Kraft zu bringen, sie dabei zu unterstützen, eigene Demonstrationen zu organisieren, und dabei zu helfen, wieder sicher im Internet unterwegs zu sein.


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

HIER GEHT'S LANG. | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!

FREIHEIT

FÜR MICHAEL BALLWEG

JETZT AUCH ER!

3 VERFASSUNGSFEINDE: 12 HAMBACHER FEST: 14 NEUER MITHERAUSGEBER:

NICHTOHNEUNS.DE

Inhaftierung und die Stammheim-Zeit Ballwegs begleitete DW als Zeitung der Demokratiebewegung intensiv. Ebenso seine Freilassung. Die Zeitung sendeten wir ihm direkt ins Gefängnis. Einigen Mitinsassen wären ein paar Worte zu aggressiv gewesen, meinte Ballweg später. – Man kann es nicht jedem Recht machen.
Bild: DW-Titelseite vom 8. April 2023.

A.L.: Bekannt geworden sind auch auch Deine ausnehmend sachlichen Reden, in denen Du Zahlen gebracht hast. Nun macht selbst der *Mainstream* klar – wenn auch auf hinteren Plätzen: Im Robert-Koch-Institut saßen Querdenker, also Menschen, die genau das gesagt haben, was Du auf den Querdenken-Demonstrationen gesagt hattest. Wie groß ist jetzt das Triumphgefühl, auf ganzer Linie Recht gehabt zu haben und das von Anfang an?

M.B.: Ich muss sagen, relativ niedrig, denn jeder, der sich mit den Sachen etwas länger beschäftigt hat, wird ein ähnliches Gefühl haben. Die Frage ist für mich, wohin führt mich das Gefühl von Triumph? Führt es dahin, dass wir uns nun ausruhen oder führt es uns in die Kraft. Wenn uns nun Triumph in die eigene Kraft führt, bin ich gerne mit Dir einverstanden. Wenn es uns aber lähmt und uns denken lässt, wir hätten es jetzt geschafft, dann nicht, denn wir haben es leider noch lange nicht geschafft. Sei es bei dem Thema der Aufarbeitung, aber auch bei den Themen Frieden in Europa, Grundrechte-Einschränkungen beispielsweise durch Klimaorganisationen, die Agenda 2030, das Geldsystem. Das sind alles Themen bei denen wir weiter aufmerksam sein und dranbleiben müssen. Und genau deshalb habe ich mich dazu entschlossen, in diesem Jahr wieder im August eine Demonstration in Berlin zu machen.

Hendrik Sodenkamp: Am 3. August 2024 soll die Demonstration stattfinden. Wieder auf der Straße des 17. Juni?

M.B.: So ist es angemeldet, aber die Polizei verhält sich erneut wie in den Jahren 2020 und 2021. Am Telefon höre ich: Kein Kooperationsgespräch unter dieser Nummer und es soll laut Versammlungsbehörde ganz viele andere Veranstaltungen geben, die uns, so heißt es, Schwierigkeiten machen würden. Da sind wir noch in der Klärung. Wieder werden uns einige Steine in den Weg gelegt. Aber die haben wir 2020 aus dem Weg geräumt, die haben wir 2021 aus dem Weg geräumt und die werden wir auch dieses Jahr mit viel Arbeit, mit viel Mühe und viel Geduld aus dem Weg räumen. Und zielstrebig darauf hinarbeiten, dass auch die Demonstration in diesem Jahr wieder großartig wird.

H.S.: Als wir im Jahr 2020 sagten: Die Maßnahmen sind Quatsch, die Maske ist sinnlos und gefährlich, die Drangsalierung von Kindern darf so nicht stattfinden, die Spritzen sind tödlich, die Grundrechtseinschränkungen sind mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Das weiß heute eigentlich schon jeder *Teenager*. Wozu braucht es dann jetzt noch eine Versammlung? Warum soll man nach Berlin kommen? Warum soll man weiter demonstrieren?

M.B.: Da gibt es, wie gesagt, viele Themen. Es gibt die Bauernproteste, wo wir über gute Nahrung reden. Mit dem Klima steht das nächste Thema an, mit dem unsere von Grund- und Menschenrechte wesentlich eingeschränkt werden sollen. Dann das Geldsystem: Wir haben mit dem Euro eine Währung, die durch die zunehmende gedruckte Geldmenge die Menschen systematisch enteignet. Und es ist auch nicht so, dass unsere Grundrechte nun wieder auf den Status wie im Jahr 2020 zurückgeführt wurden, sondern sie sind immer noch eingeschränkt. Ihr vom *Demokratischen Widerstand,* ihr habt Repressionen. Viele Menschen, die sich öffentlich geäußert haben, haben das. Und außerdem möchte ich



onstration im Sommer 2020. »Wir dachten damals, der Spuk wäre schnell rum,« so es. Foto: Querdenken-711



nicht nur die Grundrechte zurückhaben, die wir im Jahr 2020 hatten. Sondern ich möchte die Grundrechte verwirklicht sehen, wie sie im Grundgesetz definiert wurden. Und wir brauchen eine richtige Aufarbeitungen der Coronajahre. Und die sollten wir uns nicht von Pseudo-Organisationen – wie einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder einer Enquete-Kommission – aus der Hand nehmen lassen.

H.S.: Sondern?
Die Aufarbeitung muss breit in und aus der Bevölkerung stattfinden. Auch europaweit. Um jetzt die Sprachbarrieren ein wenig kleiner zu machen, würde ich da noch Österreich und die Schweiz dazunehmen, denn dort waren die Maßnahmen genau so massiv wie hier. Und auch dort sind die Grundrechte-Einschränkungen immer noch da. Hinzu kommt die digitale Überwachung, die jetzt durch EU-Initiativen wie den *Digital-Service-Act* oder den zunehmenden Einsatz von Überwachungskameras im öffentlichen Raum immer weiter ausgebaut wird. Es gibt viele Gründe, jetzt für die Freiheit auf die Straße zu gehen, wenn man nicht in 15-Minuten-Städten mit Lebensmitteln gefüttert werden will, die keine Nahrung sind. Außerdem war Querdenken immer für den Frieden. Grundrechte und Frieden gehören zusammen.

A.L.: Dürfen wir Dich nach Stammheim fragen, wo das Regime Dich neun Monate eingeknastet hat. Wie war es dort?
M.B.: Klar dürft ihr mich fragen. – Die Frage ist immer, wie geht man mit so einer Sache um? Ich habe diese Auszeit aktiv für mich genutzt. Ich hatte zuvor den Nachteil – wenn ich das so sagen kann – dass ich einfach nur Unternehmer war und mich mit Politik nicht beschäftigt hatte. Das heißt, dass ich nicht die Zeit hatte, die notwendige Literatur hierzu zu lesen. Das habe ich nun im Gefängnis nachgeholt und mich dort intellektuell weitergebildet. Ich habe viele Briefe bekommen und geschrieben. Ich habe die Zeit aktiv für mich genutzt. Für die vielen Demonstrationen, die für mich stattfanden, bin ich sehr dankbar. Ich glaube deshalb auch, dass meine Verhaftung ein Schuss ins Knie der Gegenseite war, weil sich die Demokratiebewegung dadurch wieder zusammengefunden hat und klar wurde, dass der Zusammenhalt, der 2020 da war, immer noch existiert.

H.S.: Warum taten sie es dann?
M.B.: Das Ziel meiner Verhaftung war es, die Organisation von Querdenken zu zerstören. Man beschlagnahmte auch mein gesamtes Vermögen, um das zu tun. Erst war es von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, zur Zeit vom Finanzamt. Da hat sich also nichts geändert, das Geld ist nur von einer Hand in die nächste gewechselt. Ich will aber gar nicht so weit in das Thema einsteigen, denn ich habe das ganze Thema bereits in einem ganzen Buch aufgeschrieben, »Richtigstellung«, da ist alles, so glaube ich, ganz gut niedergeschrieben. Ich will auch nicht ins Jammern kommen, denn tatsächlich hat mich diese Zeit stärker gemacht, denn es zeigte mir den nächsten Schritt, den wir gehen müssen. Ich hatte von Beginn an gesagt, dass wir Querdenken dezentral organisieren müssen, weil eine zentrale Organisation angreifbar ist. Viele haben das damals verstanden und es sind viele Initiativen gestartet, die sich dezentral finanziert haben. Für mich ist das auch für die Zukunft wichtig, auch im Hinblick auf die kommende Demonstration am 3. August 2024 in Berlin: Auch diese Demonstration muss weiter dezentralisiert werden. Sowohl in der Organisation als auch in der Finanzierung. Natürlich kostet eine so große Demonstration Geld, aber es steht jedem frei, zu sagen: Ich finanziere einen Boxenturm, oder ich bezahle die Absperrgitter, ich bezahle einen Demo-LKW oder ich kümmere mich um die Getränke. Zur Zeit arbeite ich an der Organisationsform, die es möglich macht, dass alles Notwendige dezentral zusammen kommt.

H.S.: Wir werden da sein, wie in den vergangenen vier Jahren. Dies ist übrigens die 170. Ausgabe des Demokratischen Widerstands. Als wir die erste Ausgabe machten, hätten wir damit niemals gerechnet.
M.B.: Die vergangenen vier Jahre waren ein Wechselbad der Gefühle. Ein Meer aus Zusammenhalt und dann aufflammende Konflikte, weil wir alle nicht damit gerechnet hatten, dass es so lange dauern wird. Ich kann mich an Deine Frau erinnern, Anselm, die am 29. August 2020 auf der Bühne saß und mir sagte: *»It's over,* das kann man nicht mehr aufhalten.« Und dann kam ein Reichstag-Stürmchen, der durch die Presse wehte. Die Wahrheit ist aber in den Menschen, die da waren. Und das lässt sich auch nicht mehr umdrehen. Es ist einfach ein Marathon und kein Sprint. Ich habe aber überhaupt keinen Anlass daran zu zweifeln, dass die Wahrheit am Ende siegen wird.

DW: Michael Ballweg, wir danken Dir für das Gespräch.

Die Fragen stellten Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp in einem Video-Interview, das am 6. April 2024 in den Redaktionsräumen des Demokratischen Widerstand geführt wurde. Das gesamte Gespräch ist (noch?) auf dem Youtube-Kanal der Zeitung unter dem Namen »Zum 3. August 2024: Triumph in Berlin! Mit Ballweg, Sodenkamp & Lenz« zu finden.



Deutschland und die Welt können auf sie zählen: Der große Bürgerrechtler Michael Ballweg (Mitte) mit den Journalisten, Verlegern und Bewegungsgründern Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) in den versteckten Räumen der DW-Redaktion. Auf dem Tisch liegt die DW-Ausgabe »IV« und das Werk »Corona – Inszenierung einer Krise«, erschienen im Verlag Sodenkamp & Lenz, Berlin. Im Hintergrund: Gerahmte Titelseiten dieser Wochenzeitung, die bei Auflage und Verbreitung *BILD* überholte. DW ist nach wie vor eine der auflagenstarken Wochenzeitungen – ohne Konzern, ohne Förderung, ohne Anzeigenabteilung. Foto: DW/Phil Schnurr



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

lange war es her, dass wir Michael Ballweg in persona getroffen haten. Seit dem 28. März 2020 leben wir Dezentralität vor und bauen diese Wochenzeitung auf, gegen alle Widerstände. Mit Video-Calls kann man uns jagen. Beim letzten Zusammenkommen vor rund einem Jahr, kurz nach seiner Entlassung aus Stammheim, war er noch arg gezeichnet von den neun Monaten in Haft. Nun blühte wieder die alte Frische.

Gut war auch zu merken, dass wir einig sind darin, uns nicht mit einer Fake-Aufarbeitung von Oben zufrieden zu geben. Aus den Konzern- und Regierungsmedien erreichen uns Berichte, wie ganze Faktenchecker-Abteilungen nun, da der Wind dreht, vor der Entlassung zittern und mit kaltem Entsetzen der Ersetzung durch neue Faktenchecker-Abteilungen entgegensehen. Diese Leute sind unhaltbar geworden, selbst für ein solches Regime. Das wissen sie, denn im Schnuppern nach dem Zeitgeist der Macht sind sie ganz große Klasse.



Vier Jahre Demokratischer Widerstand. Vier Jahre Demokratiebewegung. Wir siegen. Demokratinnen am 30. März 2024 vor dem Bundestag. Foto: Georgi Belickin/DW

Und dies war eigentlich noch wichtiger an dem Treffen mit Ballweg: Wir werden allesamt keine vergifteten Angebote annehmen, um diese neuen Abteilungen im Herrschaftsapparat zu bilden. Wir sind auch nicht deren Insolvenzverwalter. Der Widerstand ist echt, auch wenn Ballweg bei dem Wort immer etwas zusammenzuckt. Wir machen da nicht mehr mit. Vorbei.

Krieg- und Spritzen-Lügenpresse gehen einfach nicht. Und wir mache einfach weiter diese Zeitung. Dieses Zeitungswunder, das hunderten ehrlichen Journalisten eine Heimat bot und immer eine feste Bank war. 170 Ausgaben! Das soll uns einer mal nachmachen. Mal ehrlich! Eine gedruckte Wochenzeitung, eine Redaktion, echte Produktion im Team. Und das alles, weil wir Millionen Demokraten in Deutschland an unserer Seite wissen. Auch wenn sie nicht immer sichtbar sind. Am Ende sehen wir uns ja doch auf der Straße.

Unterstützung können Sie uns übrigens hier: demokratischerwiderstand.de/spenden – Danke, Sie verstehen ...

*Mit hochachtungvoll demokratischen Grüßen,
Hendrik Sodenkamp*

DIE STAATSPUNKS

Die Ärzte haben unter Corona versagt. Und sie tun es immer noch. Eine kleine Besprechung der neuen Single-Auskopplung »Demokratie« | Von Hendrik Sodenkamp



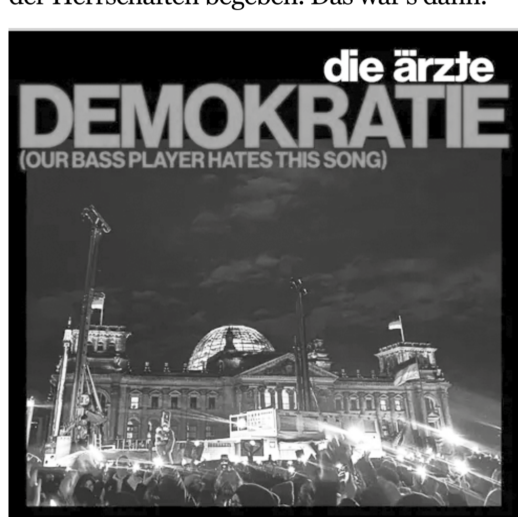
So sieht man sich also. Ärzte-Sänger Farin Urlaub ist im Parteienstaat angekommen. Foto: Videostill/»Demokratie«, Die Ärzte

Brachiale Lautstärke, ein bisschen Skandal und drei Akkorde. Das war *Punk*. Die *Band* Die Ärzte hat es nun wohl offiziell gemacht: *Punk is dead*. Wer nichts kann, landet bei der Regierung.

Schon in den 80er-Jahren machten Die Ärzte gemeinsam Musik. In den 90er-Jahren gelang ihnen der Durchbruch. Erst bei den *coolen Kids* mit humorvollen Texten und Rebellion und dann in der gesamten Republik mit dem Song »Männer sind Schweine«. Da hätte man es sich eigentlich schon denken können, wohin die Reise der drei männlichen *Band*mitglieder gehen würde. Bei soviel Selbstverachtung landet man irgendwann auf der dunklen Seite der Macht.

Unter der Corona machten die drei mit einem staatstragenden Auftritt in den *Tagesthemen* von sich reden und zur Zielscheibe von Spott. Im Moment der Lüge schlossen sie den Schulterschluss mit den Lügnern. Nun legten sie mit der *Single*-Auskopplung »Demokratie« final Hand an sich, um sich selbst zu strangulieren. Die Botschaft ihres neuen *Songs*: »Wählen zu gehen, ist das höchste Privileg (!) in einer Demokratie. – Wenn Du darauf verzichtest, wirst Du bald vielleicht nicht mehr wählen können.« Das ist keine Interpretation, sondern der genaue Wortlaut im Abspann des Musikvideos. So ein Unsinn. Wählen zu gehen, ist kein »Privileg« sondern ein Recht und erst recht nicht das Höchste.

Zuvor singt der militante Raucherfeind Farin Urlaub noch: »Dein Kreuz gegen Hakenkreuz, damit fängt es an«, zu KI-Bildern, wie Björn Höcke in Begleitung Adolf Hitlers von einem Panzer pulverisiert wird. Im Panzer am Richtschützenstand ein *Band*-Mitglied. Einst sangen die Ärzte noch: »Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe. Deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit«. – Jungs, Mutti hat Euch doch lieb, da müsst ihr doch nicht in die Nato eintreten. *Punk* ist staatstragend und Teil des Machterhalts. Vielleicht war er es auch immer schon. Wer mit hergebrachten Zeichen spielt, um zu provozieren und dabei damit kokettiert, keine besonderen Fähigkeiten auf dem eigenen Musikinstrument entwickeln zu wollen, landet im Endeffekt bei der Macht. Wo soll man auch sonst hin? *No future* hieß im Endeffekt immer schon: Diese Welt soll ewig so bleiben, besser wird es nicht. In den 80er- und in den 90er-Jahren hatte es da noch ein anderes Versprechen gegeben von Individualität, Ausbruch und Selbstermächtigung. Damals gab es noch eine inszenierte Rivalität zwischen den Toten Hosen und den Ärzten. Nun ist es einerlei. Ob Farin Urlaub oder Campino: Die Anti-Autoritären schicken uns zur Wahl der CDU. Wir Patienten sollen uns in die gütige Behandlung der Herrschaften begeben. Das war's dann.



Ärzte-Bassist Rodrigo Gonzáles soll das Lied nicht gefallen, heißt es. Er sei aber in der Band überstimmt worden und müsse nun »halt da durch«. Ist ja nur ... Foto: Bildschirmfoto



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 170. Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 142 vom 5. August 2023.



Karikatur: Via Owe Schattauer

Hin Da! KULTURKALENDER

13.04.2024 • Berlin; Hermannplatz, 10967 Berlin • KULTURFEST • Deutsch-Palästinensisches Freundschaftsfest • 12:00 Uhr – 18:00 Uhr • Eintritt frei

13.04.2024 • Berlin; Charlottchen, Droysenstr. 1, 10629 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Julia Schwebke, am Klavier Alexander Kling und Heiko Schendel • 20:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 20 €, ermäßigt 16 €, Infos unter: www.boris-steinberg.de

13.04.2024 • Söhnstetten; Seeberghalle, Turnstr. 1, 89555 Steinheim am Albuch • VORTRAG • »Etwas festes braucht der Mensch« von Peter Hahne • 9:00 Uhr • 20€ incl. Frühstück, Vorverkauf: Buchhandlung Bücherzauber Heidenheim, Volksbank, Baustoffe Gröner

14.04.2024 • Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee • SYMPOSIUM • »Wer regiert die Welt?« mit Dirk Pohlmann, Markus Fiedler und Dr. Ulrich Gausmann, Moderation: Marius Krüger • 12:00 Uhr – 19:00 Uhr, Einlass ab 11:00 Uhr • Tickets: ab 26€ unter emma-tickets.de

15.04.2024 • Bammental; Industriestr. 55, 69245 Bammental • VORTRAG • »WHO Pandemievertrag, Der finale Angriff auf Ihre Freiheit« von Beate Bahner • 19:30 Uhr • Eintritt frei, nur mit Anmeldung unter: Vortrag1504@web.de, Spenden erwünscht

18.04.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • CHANSON • »SalonG ChanGsonG ohne G's« von Boris Steinberg mit Prof. Bärsten • 19:30 Uhr • Infos unter: www.boris-steinberg.de

19.04.2024 • Plauen; The Ranch, Eugen-Fritsch-Str. 7, 08523 Plauen • FRIEDENSKONZERT • mit Lüül, Simone & Jörg, Luise Skupch & Loreen Zacher • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

21.04.2024 • Bautzen; Black Cat, Schlossstr. 17, 02625 Bautzen • KONZERT • »Der stille Tanz« von Lüül • 19:00 Uhr • Eintritt frei

21.04.2024 • Schönwalde-Glien; Gasthof Schwanenkrug, Berliner Allee 9, 14621 Schönwalde-Glien • VORTRAG • »Rußland und wie weiter?« von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz • 14:00 Uhr – 17:00 Uhr, Einlass ab 13:00 Uhr • Tickets: 22,50 € unter krasser.guru

26.04.2024 • Berlin, Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Kräfte und Gegenkräfte in der Entwicklung zu einer friedlichen multipolaren Welt« von Elke Zwinge • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

27.04.2024 • Heilbronn; Kunstverein Harmonie, Allee 28, 74072 Heilbronn • SYMPOSIUM • »WHO – Eine Verletzung des Grundrechts ?; Corona – Eine Aufarbeitung« mit Tom Lausen, Dr. Walter Weber, Dr. Sucharit Bhakdi, Catherine Austin Fitts u.v.m • 14:00 Uhr – 20:00 Uhr • Eintritt: 40 €, Tickets unter: eventfrog.de/rechttrifftmedizin/

27.04.2024 • Ribnitz-Damgarten; Begegnungszentrum, Georg-Adolf-Demmler-Str. 6, 18311 Ribnitz-Damgarten • VORTRAG • »Gesundheit „Neu" Gedacht« veranstaltet vom Netzwerk für Humane Medizin • 9:00 Uhr – 17:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung unter gesundheitneugedacht@use.startmail.com

28.04.2024 • Staufen; Stubenhaus, Hauptstr. 56c, 79219 Staufen • LIEDERABEND • »Leise flehen meine Lieder ...« Lieder von Franz Schubert und Klavierstücke mit Samuel Greiner und Rolf Schwoerer-Böhning • 17:00 Uhr • Eintritt frei

02.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »Mensch & Musik« von Lüül und Jens Fischer-Rodrian • 19:30 Uhr

03.05.2024 • Hohen Neuendorf; Mensa in der Wald-Grund-Schule, Waldstr. 3, 16540 Hohen Neuendorf • LESUNG • »Ins Moralgefängnis und wieder heraus« mit Dr. Michael Andrick, anschließend Diskussion • 18:30 Uhr – 20:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter kontakt@oberhavel-steht-auf.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-Mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DIE NATO
Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis
Sevim Dagdelen
Westend-Verlag
ISBN: 9783864894671



HABE ICH GENUG GETAN?
In memoriam Gunnar Kaiser
Raymond Unger

Europaverlag
ISBN: 978-3-95890-623-5



DER FALL ULRIKE GUÉROT
Versuche einer öffentlichen Hinrichtung

Gabriele Gysi (Hg.)
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-450-3



GESINNUNGSPOLIZEI
IM RECHTSSTAAT?
Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik
Mathias Brodkorb
zu Klampen-Verlag
ISBN: 978-3987370168



IST DAS EUER ERNST?!
Aufstand gegen Idiotie und Ideologie
Peter Hahne

Quadriga-Verlag
ISBN: 978-3869951416



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

»SPRITZENMÖRDER RADIKAL ANGREIFEN!«

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz
(Urlaubsvertretung Prof. Meyen)

Über 20.000 Totgespritzte, über 600.000 schwere Nebenwirkungen allein laut den »geschönten« Zahlen der EMA. Die Dunkelziffern sind Vielfache. Jetzt ist sicher nicht der Zeitpunkt für *Smalltalk* mit dem Feind und dessen Propagandamedien.

Eine solche Gleichschaltung hatte es zuletzt allenfalls unter den Nazis gegeben. In den Redaktionen plazierte »Schriftführer« legten in den zwölfeinhalb »dunklen Jahren« der über zweitausendjährigen deutschen Geschichte fest, was »die Fakten« seien. Eine zum Idiotentum gemachte »Wissenschaft« legte absolute »Wahrheiten« mit Ewigkeitsanspruch fest – das Gegenteil von echter Wissenschaft.

Ähnliches wiederholte sich unter der »Corona«. Es ist nicht vorüber. Der Feind versucht nur, sich dem unerwartet starken, intelligenten und präsenten Widerstand anzupassen. Ein Beweis dafür, dass Algorithmen und »KI« nicht das hielten, was sie versprachen.

In Form von Parteien soll nun die Opposition »integriert« werden, inkorporiert, sich einzuverleibt. Damit soll jeder echter Widerstand davon abgehalten werden, die notwendige und berechtige Verfassungserneuerung aus dem Volk und den Fünf-Punkte-Plan durchzuführen (s. S. 2 u. l.).

Es mag sein, dass im Regenbogen-Kriegsnebel des »Tiefen Staates« auch ein paar löbliche soziale Zielvorgaben versteckt gewesen waren (wobei Heinz Budes Erklärung Anderes nahelegt; s. #DW169 S. 14). Wir aber machen unsere notwendigen Sozialreformen lieber selber und schicken Herrn Bude »auf Bürgergeld in Rente«. Jetzt ist Zeit für unsere nächste Medienoffensive!

Denn wir können uns über alles Mögliche mit der perversen Schweinepresse von *Allgemeine* bis *Zürcher* »balgen«, über Einwanderung, über Wirtschafts- und Sozialpolitik, über Vorlieben aus Sicht des Inneren der politmedialen Kaste und aus Sicht der restlichen 99 Prozent. Ohne finale Beendigung und Aufklärung des Spritzengenozids und der Kriegstreiberei bleibt Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes (s. S. 16) ausgelöst und JEDES Abwehrrecht gegen den Ausnahmezustand aktiviert. Es gibt alle Gründe, den DW – die No. 1 weltweit – verstärkt zu verteilen (s. S. 8), den medialen »Feind radikal an(zu)greifen« (Johnny Rottweil, DG), und damit die restlose Aufklärung zu erzwingen!



DER HERR IST AUFERSTANDEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Letztes Jahr habe ich in St. Petersburg erlebt, wie in der orthodoxen Kirche zu Ostern aus voller Brust »Der Herr ist auferstanden« gerufen wird.

In Deutschland reden selbst viele Christen über die Auferstehung Jesu nur zaghaft. Sie säuseln etwas über Hoffnung und Mut, aber dass sie einen Grund zur Hoffnung haben, sieht man ihnen nicht an. Das hat historische Gründe: Im 19. Jahrhundert hat sich unter den sich gebildet wähnenden Menschen der sogenannte Determinismus verbreitet, das ist die Vorstellung, dass jedes Ereignis durch vorangegangene festgelegt ist.

Diese Vorstellung knüpfte man geschickt an die Begriffe Aufklärung, Vernunft und Wissenschaft. Deshalb meinten dann viele, dass Wunder unmöglich seien. Die Christen wurden fideistisch: Sie sagten, die Auferstehung sei unbegreiflich.

Doch wenn es einen Gott gibt, kann er jedes beliebige Ereignis hervorbringen. Wenn er ein Wunder tut, verletzt er nicht einmal die Naturgesetze, denn diese sagen nur, was für Kräfte bestehen, aber Kräfte können durch andere Faktoren übertrumpft werden (mehr dazu auf www.von-wachter.de.). Wir wissen, dass Tote nicht von alleine wieder lebendig werden, aber wenn es einen Gott gibt, kann er natürlich einen Verstorbenen wieder lebendig machen.

Die Jünger Jesu sahen, dass das Grab leer war und begegneten dem auferstandenen Jesus. Deshalb waren sie sich ganz sicher, dass Jesus wirklich der von Gott gesandte Erlöser ist. Sie erzählten allen Menschen davon und waren sogar bereit, dafür zu sterben. Die Zuhörer merkten, dass die Jünger ehrlich waren und glaubten daher ebenfalls, dass Jesus auferstanden ist. So ließ Gott die Menschen wissen, dass Jesus der Erlöser ist.

So können auch wir heute noch wissen, dass Gott existiert und dass Jesus der Erlöser ist, denn die Zeugenberichte beweisen klar, dass die Jünger glaubten, dem auferstandenen Jesus begegnet zu sein. Das wiederum ist der bestmögliche Beweis dafür, dass er wirklich auferstanden ist, denn Wahrnehmung ist unsere beste Erkenntnisquelle. Die Auferstehung ist nicht gegen die Vernunft, sondern indem Gott den Jüngern und uns durch die Auferweckung Jesu gezeigt hat, dass Jesus der Erlöser ist, hat er uns etwas durch unsere Vernunft gezeigt.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe. Er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Mehr Infos: www.von-wachter.de



SPORT MIT BERTHOLD

1, 2, 3 – WIR HATTEN AUF GANZER LINIE RECHT!

Alles, was wir vorausgesagt haben, ist eingetroffen.

Erstens: Die Coronalüge. Zweitens: Das Ansteigen von Toten ab dem Jahr 2023. Die wahren Zahlen sind mit Sicherheit noch gravierender, auch im Sport. Es vergeht kein Tag, ohne dass kein Profisportler stirbt. Meistens erscheint in den Artikeln »Todesursache unbekannt«, in den Todesanzeigen »plötzlich und unerwartet«. Das sagt ja schon viel. Drittens: Nachdem Corona problemlos umgesetzt wurde, wird die nächste *Fake*-Grippe schon vorbereitet. In den USA trommeln die Medien wegen einer neuen , »hundertmal gefährlicheren« Vogelgrippe. Die nächste Sau wird durchs Dorf getrieben und die WHO nötigt alle Staaten, mitzumachen.

Schlimm ist, dass fast alle mitmachen! Der ganze Dreck kommt aus den USA. Dieses Land ist total pleite, aber peinigt nach wie vor die Menschheit. Die letzte Präsidentschaftswahl wurde schon manipuliert – und das wird wieder passieren. Dieser perverse Mix aus pädophilen Wahnsinnigen, unterstützt von einer aus der Kontrolle geratenen Finanzoligarchie, macht das alles möglich. Die Menschen werden manipuliert, *Fake*-News am laufenden Band produziert. Das Klima ... aber keiner redet von *Chemtrails*, die Pflanzen, Tiere und Menschen vergiften.

»SCHWURBLER« MÜSSEN REHABILITIERT WERDEN!

Dann die Kriege, alle inszeniert, damit Geld verdient wird und biochemische Waffen getestet werden. Die aktuelle Lage in Deutschland bestätigt die US-Strategie, die seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt wird: Deutschland unten halten, die Russen aus Europa drängen. Aber auch in Brüssel bedarf es einer Säuberung. Alle sollten sich fragen, was für einen Mehrwert dieser aufgeblasene Apparat den Bürgern bringt!

Zur Großdemo am 3. August 2024 in Berlin: Es ist auf jeden Fall immer gut, wenn sich Menschen treffen und austauschen. Alle sogenannten Schwurbler müssen öffentlich rehabilitiert werden!

Die Kernfrage bleibt bestehen: Wird diese schwarze Epoche der deutschen Geschichte aufgearbeitet mit allen Konsequenzen, wie damals in Nürnberg, oder lässt die Politik Gras darüber wachsen und sitzt das Ganze aus? Letzteres würde mich nicht wundern. Der Bürger muss sich grundsätzlich die Frage stellen: Will er das alles so akzeptieren oder eben nicht? Wer auf die Politik setzt, um Veränderungen zu bekommen, der soll bitte weiter träumen. Denn die alte Parteienlandschaft will keine Veränderung, warum auch, sie ist für viele die einzige Chance, ohne Bildung Karriere zu machen. Allein dieser aufgeblasene Bundestag, der vom Steuerzahler alimentiert wird , sucht doch seines Gleichen. Die erhöhen Ihre Bezüge jedes Jahr, egal ob es dem Land gut geht oder nicht.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

„NIEMAND, DEM DU BEIBRINGST, ZU DENKEN, WIRD JEMALS WIEDER SO GEHORCHEN WIE ZUVOR"
HANNAH ARENDT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*